

Fachliche Standards in der Sozialarbeit: gestern – heute – morgen

Impulsveranstaltung, 13.03.2007

„Zwischen Kooperation und Konkurrenz: Soziale Arbeit macht Politik“

Begrüßung:

Barbara Bittner: Vizerektorin des fh-campus wien, Leiterin des Studiengangs Sozialarbeit

Impulsstatement:

Bundesminister Erwin Buchinger: BM für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz

Gespräch und Diskussion:

Ute Bock: Obfrau Verein Flüchtlingsprojekt Ute Bock; **Karin Heitzmann:** Armutsforscherin-Institut für Sozialpolitik der Wirtschaftsuniversität Wien; **Judith Pühringer:** Geschäftsführerin des BDV- Bundesdachverband für Soziale Unternehmen; **Katrin Wladasch:** Vorstand und Mitbegründerin von ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit; **Andreas Zembaty:** Leiter des Bereichs Marketing und Öffentlichkeitsarbeit- NEUSTART

Moderation:

Elisabeth Hammer: Sozialarbeiterin und Ökonomin, fh-campus wien

Einleitung

Elisabeth Hammer: Einen wunderschönen guten Abend wünschen wir Ihnen allen. Wir freuen uns, dass so viele heute hier sind. Mein Name ist Elisabeth Hammer. Ich bin Ökonomin und Sozialarbeiterin, und bin am Kompetenzzentrum für Soziale Arbeit des fh-campus wien tätig und ich lehre am Studiengang Sozialarbeit in Wien.

Bevor ich Sie ins Programm des heutigen Tages einführe, freue ich mich, dass Barbara Bittner heute offiziell diese Veranstaltung eröffnen und Sie begrüßen wird. Sie selbst ist von ihrem Ausbildungshintergrund her Juristin und Sozialarbeiterin. Sie ist Vizerektorin der Fachhochschule fh-campus wien und leitet an dieser Fachhochschule den Studiengang Sozialarbeit.

Begrüßung

Barbara Bittner: Sehr geehrter Herr Bundesminister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herzlich willkommen zur Veranstaltung „Zwischen Kooperation und Konkurrenz: Soziale Arbeit macht Politik“ als Teil der Veranstaltungsreihe „Fachliche Standards in der Sozialarbeit: gestern – heute – morgen.“

Ich freue mich, dass diese Veranstaltungsreihe, die im Rahmen des EQUAL Projektes vom Kompetenzzentrum für Soziale Arbeit und dem Studiengang für Sozialarbeit in den letzten eineinhalb Jahren durchgeführt wurde, einen so großen Wiederhall gefunden hat und danke Ihnen für die Bereitschaft sich in diesem Prozess der Entwicklung fachlicher Standards aktiv einzubringen.

Als Teil der Fachhochschule fh-campus wien sehen wir unsere Aufgabe darin, sowohl Studierenden eine erstklassige Ausbildung anzubieten, als auch Theorieentwicklung und Forschung durchzuführen. Darüber hinaus wollen wir für Praktiker und Praktikerinnen der Sozialen Arbeit, aber auch für andere Berufsgruppen ein Ort der Begegnung und Weiterbildung werden. Die Auseinandersetzung und Kooperation mit Ihnen ist uns daher ein großes Anliegen.

Soziale Arbeit handelt im öffentlichen Auftrag. Sie bietet Unterstützung, Empowerment für Menschen, die aktueller Hilfe bedürfen, sie handelt präventiv und führt im gesellschaftlichen Auftrag Kontrolle durch. Soziale Arbeit nützt vielen: den Klienten und Klientinnen, aber auch der Gesellschaft in vielen Dimensionen – sie hat in einer humanistisch orientierten Gesellschaft eine wichtige Funktion zur Sicherung des sozialen Ausgleichs und sozialen Friedens, beugt demokratiepolitisch bedenklichen Radikalisierungen vor und hat letztendlich auch einen konkreten volkswirtschaftlichen Nutzen.

Soziale Arbeit braucht dafür aber Verbündete- Das Bekenntnis der Gesellschaft zu Sozialarbeit muss sich in einer entsprechenden Sozial- und Wirtschaftspolitik widerspiegeln. Notwendig sind: Gesicherte Rahmenbedingungen für die AnbieterInnen Sozialer Arbeit und ausreichende Ressourcen für KlientInnen der Sozialen Arbeit um Perspektiven für ihr Leben zu entwickeln. Nur so kann Sozialarbeit nachhaltig und qualitativ dem gesellschaftlichen Auftrag gerecht zu werden

In einer Gesellschaft, in der Marktmechanismen auch im sozialen Bereich eine immer größere Rolle spielen, sind fachliche Standards gefährdet. Ich möchte dies anhand dreier Beispiele kurz ausführen.

- Projekte, die neue Wege gehen und „erfolgreiche Produkte“ entwickeln, sind in der Privatwirtschaft ein sinnvolles Instrumentarium um einen nachhaltigen Nutzen zu bringen: Gute Produkte werden von Kunden und Kundinnen nachgefragt und gekauft und das Produkt kann – mit Gewinn - vermarktet werden. Die Qualitätskontrolle erfolgt durch den Kunden. Die Soziale Arbeit hat aber einen anderen „Marktmechanismus“. Klienten und KlientInnen der Sozialen Arbeit sind auf Grund Ihrer wirtschaftlichen Lage nicht im Stande dieses „Produkt“ zu kaufen – auch wenn sie es dringend benötigen. Projekte im sozialen Bereich brauchen daher – gerade wenn sie erfolgreich sind – ein nachhaltiges Konzept einer langfristigen Umsetzung und Finanzierung durch die öffentliche Hand. Nur so kann qualitätsvolle Arbeit auf Dauer gesichert werden.

- Projekte und Ausschreibungen erfordern einen hohen Arbeitsaufwand, der in der Regel nicht finanziert wird. Dies mag in der Privatwirtschaft durchaus sinnvoll sein: Der erwartete Gewinn beim Verkauf des Produkts muss so hoch sein, dass damit auch diese Projektantrags- oder Ausschreibungskosten gedeckt sind. Im sozialen Bereich ist kein monetärer Gewinn für die dort Tätigen zu erwarten. In der Regel haben nur große Träger ausreichende Ressourcen diesen Aufwand für Projekteinreichungen oder Ausschreibungen zu erbringen – kleine Anbieter können diesen Aufwand nicht oder nur durch Selbstaussbeutung von Mitarbeiter und MitarbeiterInnen erbringen – dies führt zu einer Konkurrenzsituation, in der kleine Anbieter sozialer Dienstleistungen oft wenig Chancen haben und damit zu einer Verminderung der notwendigen Vielfalt sozialer Initiativen und Anbieter.

- Fachliche Qualitätsstandards der Sozialen Arbeit müssen von den Experten und Expertinnen sozialer Arbeit definiert werden, damit nicht der Billigstbieter, sondern der Bestbieter bei der Ausschreibung die besten Chancen hat. Hier ist die Expertise der Sozialen Arbeit mehr denn je gefragt.

In einer Zeit zunehmender Liberalisierung, in Europa und weltweit, ist die Soziale Arbeit mehr denn je gefordert. Zentrale Fragen sind dabei:

- Welche Rolle können soziale Organisationen bzw. kann professionelle Soziale Arbeit angesichts zukünftiger zunehmender Markt- und Wettbewerbsorientierung in Zukunft einnehmen?

- Welche Zusammenarbeit kann es zwischen sozialen Organisationen, Politik und Verwaltung geben und wie sollte diese gestaltet sein? Wie kann die Vielfalt der Angebote und Zugänge künftig gesichert werden?

- Wie kann der für die Fachlichkeit wichtige Austausch zwischen den sozialen Organisationen unter ökonomisierten Wettbewerbs- und Konkurrenzbedingungen gelingen?

Diesen Fragen soll heute Raum gegeben, der Diskussionsprozess fortgeführt, aber nicht beendet werden. Ich wünsche uns allen einen spannenden und interessanten Abend.

Elisabeth Hammer: Vielen Dank Barbara Bittner. Ich möchte Ihnen noch kurz einen Überblick über den Rahmen des Projekts und den heutigen Abend geben.

Das Projekt und die Veranstaltungsreihe mit den gelben Karten, die Sie wahrscheinlich schon einmal in Ihrer Post gefunden haben, läuft mittlerweile eineinhalb Jahre und steht unter dem Motto: Fachliche Standards in der Sozialarbeit: gestern – heute – morgen. Dieses Projekt ist Teil einer so genannten EQUAL- Partnerschaft zum Thema: „Qualität in der Sozialarbeit“, wo sich 18 PartnerInnen aus dem Ausbildungsbereich und dem sozialen Feld zusammengeschlossen haben, um Fragen von Qualität in der Sozialarbeit zu diskutieren und Qualitätskriterien für den Bereich der Sozialarbeit zu erarbeiten. Finanziert wird dieses Projekt vom Europäischen Sozialfonds und vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. Die Gesamtkoordination dazu liegt bei der Fachhochschule St. Pölten.

Doch nun wieder zurück nach Wien: Ich hab schon vorher einleitend gesagt, dass ich am Kompetenzzentrum für Soziale Arbeit der Fachhochschule fh-campus wien tätig bin. Dieses Kompetenzzentrum für Soziale Arbeit, wird von Tosca Wendt geleitet. Ich arbeite an diesem Projekt gemeinsam mit Verena Braunegg und meinen Kollegen Josef Bakic und Marc Diebäcker.

Was wir wollen und wozu wir angetreten sind in diesem Projekt, ist die Sichtbarmachung von Themen, die die Soziale Arbeit betreffen. Einerseits wollen wir Sichtbarmachen und auch veröffentlichen, unter welchen Rahmenbedingungen in finanzieller, gesellschaftspolitischer und organisatorischer Hinsicht Soziale Arbeit und ProfessionistInnen in diesem Feld tätig sind und wie sich diese verändern. Themen, die uns da auch beschäftigen sind unter anderem die Ökonomisierung oder das Schlagwort Verbetriebswirtschaftlichung. Andererseits wollen wir offensiv versprachlichen und damit eben auch Sichtbarmachen, was denn diese Soziale Arbeit wirklich ausmacht, welche Leistungen die ProfessionistInnen in diesem Feld für die gesamte Gesellschaft erbringen. Wie tun wir das? Wir haben eine Homepage eingerichtet, unter www.sozialarbeit.at, wo wir Materialien zum Thema zur Verfügung stellen und uns immer wieder auch um Publikationen von FachexpertInnen bemühen. Darüber hinaus arbeiten wir an Fallstudien, wo wir ausgehend von einer sozialen Organisation die fachliche Tätigkeit und Spannungsfelder in diesem Feld in den Blick nehmen. Apropos Sichtbarmachung, das stärkste Zeichen für das Interesse an einem Fachdiskurs im Sozialen, über Professions- und Disziplinargrenzen und über Berufsverbandspolitik hinweg, setzen heute Sie alle, die Sie hier hergekommen sind. Leider konnten wir diesen doch sehr regen Zuspruch nicht wirklich absehen und ich hoffe, dass sie, trotz vielleicht ein paar Unannehmlichkeiten bei der Anmeldung und auch wenn sie stehen müssen, mit einer interessanten Fachdiskussion entschädigt werden, an der neben Minister Buchinger auch Ute Bock, Karin Heitzmann, Judith Pühringer, Katrin Wladasch und Andreas Zembaty am Podium teilnehmen werden und auch sie herzlich eingeladen sind, sich vom Publikum aus zu melden.

Als Team haben wir ja schon einige Veranstaltungen in dieser Reihe ausgerichtet. Immer hatten wir das Ziel, auch theoretische Perspektiven für die Soziale Arbeit zur Verfügung zu stellen und auch ausgewiesene ExpertInnen einzuladen. Sehr schnell allerdings haben wir die Erfahrung gemacht, dass sich in der Diskussion die theoretischen Fragen kaum von den politischen und gesellschaftlichen Debatten trennen ließen und es neben den theoretischen eben ganz stark auch die politischen Antworten auf die Herausforderungen im Sozialen braucht.

Was wir uns dann für heute gedacht haben: Mal genug theoretisiert, machen wir es mal politisch von vornherein. Eine neue Regierung gab es dann auch langsam, als wir begonnen haben die Veranstaltung zu konzipieren und wir haben uns ganz keck gedacht: Warum nicht, wir laden ganz einfach Sozialminister Erwin Buchinger ein. Nachdem dann die Einladungskarten ausgemailt und per Post versendet waren, haben uns viele Leute ganz verblüfft darauf angesprochen, wie wir es geschafft haben an den Sozialminister Herrn Buchinger ranzukommen. Dummerweise konnten wir das nicht wirklich viel sagen. Keiner von uns ist verwandt oder verschwägert mit den wichtigen Personen im Vorzimmer vom Minister. Weder glänzen wir mit Parteibüchern noch haben wir geschmiert und Koffer mit Geld ins Sozialministerium getragen. Wir haben Minister Buchinger mit dieser Frage angemailt und es hat gar nicht lange gedauert und Minister Buchinger hat zurückgemailt. Warum erzähle ich das? Wir haben heute Minister Buchinger ausgewählt als unseren Partner für einen inhaltlich kritischen, aber persönlich fairen und wohlwollenden Dialog und wir haben uns sehr gefreut, dass da von seiner Seite eine sehr schnelle und positive Zusage gekommen ist.

Wir haben Minister Buchinger als Ansprechpartner für Fragen der Sozialen Arbeit ausgewählt. Wir wissen zwar, dass er nicht für alles und jedes zuständig ist was hier in Österreich für die Sozialarbeit an Rahmensetzung passiert und wir wissen natürlich, dass ein Ressort Grenzen hat und dass Wien manchmal anders ist als der Bund. Heute rechnen wir damit, dass wir einen Ansprechpartner gefunden haben, der bereit ist auch denen zuzuhören, die man ganz ohne zu zögern auch Seismographen der Gesellschaft nennen kann.

Worum es uns hier in den nächsten 2 Stunden gehen soll, ist die Qualität der Leistungen, die Soziale ProfessionistInnen für die Klientinnen und Klienten erbringen. Hier ist einerseits genau zu Fragen, wer die KlientInnen eigentlich, um die wir uns zu widmen haben, sind. Für welche neu hinzugekommen Gruppen müssen wir neue Projekte finden? In welcher Lebenslage befinden sich die betroffenen Personen eigentlich genau, was zeichnet ihre Situation aus und wie muss Unterstützung ausschauen, damit sie auch als solche von Betroffenen angenommen werden kann. Hier ist die Frage natürlich auch nach den Ressourcen und den Rahmenbedingungen zu stellen, die zur Verfügung stehen, und auch nach dem Auftrag, der mit der Dienstleistungserbringung verbunden ist. Denn unabhängig von nackten Zahlen, die in den Sozialbereich fließen, worum soll es da genau und in erster Linie gehen? Um Kontrolle und Normierung jener, die sich sowieso schon in einer soziale Problemlage befinden, zum vermeintlichen Schutz jener, die es sowieso besser erwischt haben? Oder aber um eine qualitätsvolle Unterstützung unter dem Einsatz der Person des Professionisten / ProfessionistIn für ein gelingendes Leben, die auch den ethischen Kriterien des Berufsstandes Rechnung trägt.

Gut, nun mal genug der Einleitung. Die Veranstaltung heute war in der Presse und auch Im Standard angekündigt. Im Standard hab ich heute gelesen, dass Minister Buchinger heute exklusiv für diese Runde einen visionär-programmatischen Beitrag zu Fragen der zukünftigen Rolle von sozialen Organisationen liefern wird. Und dazu möchte ich ihn jetzt sehr herzlich bitten.

Impulsstatement

Erwin Buchinger: Meine sehr geschätzten Damen und Herren, danke für die Einladung. Es war wirklich ganz einfach, Einladung und zugesagt. Ich finde aber auch darin gar nichts Besonderes. So soll es ja sein. Jedenfalls möchte ich es so handhaben.

Als Sozialminister bin ich für Soziale Arbeit in diesem Land jedenfalls zu einem gewissen Teil zuständig und muss ja selber Interesse haben mit den inhaltlichen Fragestellungen, aber auch mit den handelnden Personen in Kontakt zu bleiben, mit den Seismographen- und von da her ist es keine besondere Leistung zugesagt zu haben. Ich hatte Zeit an diesem Abend,

und das Thema und das Publikum hat mich interessiert. Einen visionär- programmatischen Beitrag in 15 bis 20 Minuten zu halten, das ist mein Auftrag. Erlauben Sie, dass ich ihn ein bisschen relativiere.

Ich hatte die meisten Visionen in einer Zeit, wo ich mit Realpolitik wenig zu tun hatte. Zum Teil war der Kopf in der Studentenzeit frei für Visionen, für programmatisches. Wenn man, es ist noch nicht so lange, jetzt seit 3 Jahren in der Politik tätig ist, ist man mit den täglichen Kampf oder mit der täglichen Arbeit, und die kleinen Schritte, gemeint sind, mit der pragmatischen Realpolitik so verhaftet, dass man wenig Zeit hat, sich visionär-programmatisch mit Zukunft zu beschäftigen. Und nicht nur wenig Zeit, es ist auch meist ein bisschen heikel, ein bisschen gefährlich so weit nach vorne zu schauen, weil dann besteht die Gefahr, dass viele Menschen nicht mehr mitkommen, dass man sich Kritik aussetzt. Von daher gibt es dann oft dieses Diktum, wer Visionen hat, ist weniger ein Fall für die Politik, sondern für andere gesellschaftliche Sphären.

Das ist das eine, warum ich ein bisschen relativiere, wenn es um Visionen und Programmatik geht. Ich möchte auch einen 2. Aspekt der Relativierung hinzufügen bevor ich in das Thema gehe. Vom Überblick her beherrsche ich im Bereich der Sozialpolitik einen relativ kleinen Teil sehr intensiv und bis in das Detail. Das ist Arbeitsmarktpolitik und die Sozialpolitik in einem Land wo ich soziapolitisch tätig war, nämlich in Salzburg. Auf Bundesebene überblicke ich die Felder in denen ich jetzt zuständig bin teilweise bis ins Detail. Aber ich habe überhaupt weder die Kompetenz noch den Auftrag und die Möglichkeit hier über die Sozialpolitik in der gesamten Breite zu sprechen. Das bedeutet sowohl von den einzelnen Berufs- und Aufgabenfelder, wo Soziale Arbeit ja geleistet wird. Vom der Justizbereich, Gesundheitsbereich, Unterricht, aber auch von den Regionen, wenn man weiß, dass ein Großteil der Sozialpolitik in Österreich in den Ländern und Gemeinden geleistet und dort auch finanziert wird, ist vielleicht die Sozialstadträtin von Wien für die meisten von Ihnen ein wichtigerer Ansprechpartner als der Sozialminister. (Weil) selbstverständlich wahrscheinlich wenig im Bereich Pensionsversicherung, Behindertenarbeit tätig sind, und das sind im Wesentlichen die Felder, die der Sozialminister stark beeinflussen kann, wo er auch finanziell verantwortlich ist.

Dennoch, was Sie von mir erwarten können, was ich versuche zu leisten, ist noch einen kurzen Überblick über die strategischen Fragestellungen in der Sozialpolitik, im politischen Kontext, meine Überlegungen zu den Herausforderungen zu den Anforderungen der modernen Sozialpolitik mittelfristiger Wirkung, also für die nächsten 5, 10 Jahre, zu formulieren, nicht tagespolitisch, was die Bitte war, sondern eher allgemein und abstrakt an den Fragestellungen die Sie vorgegeben haben.

Ich möchte so beginnen – worum geht bei Sozialpolitik? Was ist die Aufgabe der Sozialpolitik? Für mich ist die Antwort einfach. Das ist Wohlstand für die Menschen zu schaffen und zu sichern und dafür zu sorgen, dass dieser Wohlstand nicht nur materiell, sondern Wohlstand auch im Sinne von Teilhabemöglichkeit, auch in der Gesellschaft alle Mitglieder fasst, dass nicht benachteiligte Gruppen zurück bleiben, sondern eine faire angemessene Chance an der gesellschaftlichen Teilhabe auch vorfinden. Diese sozialpolitische Aufgabe ist alt- solange es Menschen gibt. Wir haben in den letzten Jahrzehnten in Österreich, in Mitteleuropa, im skandinavischen Raum einen Typus eines Wohlfahrtsstaates entwickelt, der ausgeprägt in den 60iger, 70iger, Anfang der 80iger Jahren ein sehr fürsorgliches Konzept der sozialen Sicherung entwickelt hat und dafür gestanden ist, wo über staatliche Leistungen, auch über staatliche Dienstleistung, NGO's haben eine zeitlang eine viel geringe Rolle als heute, gestützt auf ein solides Wirtschaftswachstum, gestützt auf Vollbeschäftigung, gestützt auf eine guten Lohnentwicklung. Die wichtigsten Risiken die einem Menschen ausgesetzt sind in ihrem Leben gut bewältigt werden konnten und diese Teilhabe am materiellen auch und immateriellen Wohlstand für immer mehr Menschen gesichert werden konnte. Die Einbeziehung bildungsferner Schichten ins Bildungssystem, die gesundheitliche Versorgung flächendeckend, Arbeitslosigkeit nur in

einer Größenordnung von einem Prozent und weniger und relativ viele Möglichkeiten der sozialen Teilhabe, Durchflutung aller Lebensbereiche mit Demokratie, das waren die Lösungen in den 70iger Jahren.

Dieses Konzept des Wohlfahrtsstaates ist, wir haben das ja, soweit wir das Alter haben, miterlebt in eine Krise doppelter Natur genannt, eine materielle Krise, weil die Grundlagen Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum, Lohnsteigerungen, stabile Beschäftigungsverhältnisse weggefallen sind. Wir sind aber auch in eine ideologische Krise geraten, die sich vor allem an neoliberalen Kritik, an dieser Wohlfahrtsstaatsmodellen, so unter dem Gesichtspunkt soziales, das wäre Abzug von gesellschaftlichen Reichtum, das Soziale sind Sozialkosten, und nur Kosten, Sozialschutz und soziale Sicherheit würde wirtschaftliche Entwicklung bremsen, ja bis zu rabiaten Versionen, dass jedes Ausmaß jedes zur Verfügung stellen an Sicherheit, Eigeninitiative verhindert und damit den natürlichen Ausgleich und den natürlichen Antrieb, wenn es einem schlecht geht halt mehr zu leisten, zu niedrigeren Bedingungen zur Leistung bereit zu sein blockiert, knüpft. In einer moderaten Variante diese neoliberale Kritik zu hören, es muss eine bessere Treffsicherheit der Sozialsicherungssystem geben. Daneben gibt es auch, aber die hat immer eine relativ geringe Rolle gespielt, auch andere Formen der Kritik am Wohlfahrtsstaat, es gibt eine kleinbürgerliche Kritik, Sozialschmarotzer würden den Wohlfahrtsstaat gefährden indem sie ihn ausnützen, und in einem gewissen Ausmaß eine linke emanzipatorische Kritik, die die Bürokratie im Wohlfahrtsstaat und die Entmündigung durch diese fürsorgliche Regelung auch kritisiert. Entsprechend waren dann die Konzepte, die man daraus ableitet, aus der neoliberalen Kritik, das mündet, wenn man es ernst nimmt, in den Sozialstaat als Kriminalstaat oder Charity-Staat, wie Christoph Butterwegge das formuliert. Die Kleinbürgerkritik mündet in Sozialstaat als Armenküche und die linke emanzipatorische Kritik mündet in der Aufhebung des (--) des Sozialstaates über ein bedingungsloses Grundeinkommen wird diese materielle und immaterielle Absicherung für alle im Vorhinein sichergestellt.

Durchgesetzt hat sich in den letzten Jahren vor allem die neoliberale Kritik am Wohlfahrtsstaat, was dazu geführt hat, dass sowohl in Europa als auch in Österreich diese Balance zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und sozialem Ausgleich in den letzten 10, 15 Jahren nicht mehr so funktioniert hat wie zuvor. Die Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung war im Vordergrund, sozialer Ausgleich ist mit geringen Ressourcen versehen worden- war auch in der Priorität der Politiken weiter nach hinten gereiht. Seit einigen Jahren ist sowohl in Europa als auch in Österreich ein Gegentrend zu verzeichnen, der so formuliert werden kann, dass man Sozialschutz, soziale Sicherheit wieder verstärkt als Produktivkraft sieht, dass man den Zusammenhang betont zwischen Wirtschaftspolitik, Beschäftigungspolitik und Sozialpolitik in ihrer gegenseitigen Stützung. Nicht nur, dass Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik den Sozialstaat und seine Entwicklung unterstützen können, sondern umgekehrt, dass auch der Sozialstaat die Wirtschaftliche- und Beschäftigungsentwicklung stützt, über vielerlei Zusammenhänge- zum Einen über konjunkturelle Zusammenhänge in keynesianistischen Zyklen, aber auch, viel fundamentaler, in der Möglichkeit bei gegebenen Sozialschutz und ausgebautem Sozialschutz, dass Arbeitskräfte, dass Personen Risiken auf sich nehmen können, dass sie eine Veränderungsbereitschaft entwickeln können, weil das Bewusstsein da ist, wenn ein Risiko schlagend wird, wenn sich eine Chance nicht auftut, dass es ein soziales Netz gibt, das einen wieder aufrichtet und dass wieder eine Einmündung in andere Beschäftigungen und Qualifikationen oder was auch immer zurück in den gesellschaftlichen Anschluss bietet. Diese Konzepte der Sicherheit, nicht nur auf einer Bewusstseins- und auf materielle Sicherheit zu vermitteln, für Veränderung, für Risiko, für Bereitschaft auch einen Beruf zu wechseln. Arbeitsplatz zu wechseln wird umso notwendiger als in einer gesellschaftlichen Entwicklung in der Arbeitswelt derartige Anforderungen an den Menschen viel viel häufiger gestellt werden, weil in einer schnellen ökonomischen Entwicklung, wo die Arbeitsprodukte, die Arbeits(organisation), die Arbeitsinhalte viel schneller wechseln als früher, auch die Menschen, die Arbeitskräfte diese Veränderungsbereitschaft mittragen müssen um mitzukommen und von daher ein hoher Sozialschutz eine Ermöglichung überhaupt erst bedeutet. Konzeptionell nennt man diese

Verbindung von sozialer Sicherheit und Ermöglichung von Flexibilität „flexicurity“. Das ist ein Begriff, der im europäischen Diskurs in den letzten Jahren sehr an Bedeutung gewonnen hat. Darüber hinaus ist eine relativ neue Entwicklung in der Sozialpolitik, und ich denke, sie wird weitergehen, dass die Wirkung der Sozialen Arbeit viel viel stärker erfasst wird und versucht wird, mit Zielen zu beschreiben und mit einem Controlling, mit einer Überprüfung der Zielerreichung, auch zu unterlegen.

Also in der Sprache der Wirtschaft formuliert: Effektivitätsgesichtspunkte spielen in der Sozialarbeit zunehmend eine stärkere Rolle und meine erste These wäre:

- es wird weiter zunehmen - warum? Weil in einer Welt, die sich rascher ändert, wo die Anforderungen auf Einpassung, auf Anpassung zunehmen, auch die Ziele der Sozialen Arbeit dieser Veränderungen formuliert werden müssen- viel stärker als früher- weil sie auch differenzierter sein werden müssen und von daher die Effektivität eine viel größere Rolle spielt. Bei dieser Effektivität der Sozialen Arbeit gewinnt die Arbeitsintegration an Bedeutung.

- Die zweite These, so falsch es ist zu formulieren, dass Arbeitsmarktpolitik in eins gesetzt werden könnte mit Sozialpolitik, also dass die beste Sozialpolitik ist, eine gute Arbeitsmarktpolitik zu machen. So wichtig ist die Feststellung, dass es zentral ist, dass Sozialpolitik immer wieder die Chance gibt, in Beschäftigung einmünden zu können. Warum kann man nicht Arbeitsmarktpolitik und Sozialpolitik in eins setzen? Zum einen weil es natürlich Phasen gibt, wo Beschäftigung und Arbeit nicht im Vordergrund stehen kann, sei es Familienerziehungszeiten, sei es Pflegezeiten für Eltern oder sei es gar Pension und Ruhestand. Zum anderen aber auch deswegen, weil es in Phasen länger dauernde Arbeitslosigkeit Gruppen von Menschen gibt, die so weit vom Arbeitszusammenhang gelöst sind, dass es viele Zwischenschritte braucht, Übergangsarbeitsmärkte, um dieses letzte Ziel, das aber wichtig ist und (zur) Einmündung in den Arbeitsmarkt sicherzustellen, aber mit einfacher Arbeitsmarktpolitik erreicht man diese Personen nicht, da würden Enttäuschungen produziert.

- Aber ich sage und das ist jetzt die dritte These, dass diese Frage der Einmündung in die Erwerbsarbeit, gegen aller Kritik die es an Erwerbsarbeitskonzepten gibt, die Arbeit von der Arbeitergesellschaft ausgeht- dass diese Einmündung in Erwerbsarbeit, noch ein bisschen präziser formuliert, in den nächsten Jahren weiter zunehmen wird.

- Vierte These: Über quantitative Aspekte hinaus werden in den nächsten Jahren qualitative Aspekte von Arbeit an Bedeutung zunehmen. Einen ersten Hinweis sieht man daraus, dass in den Festlegungen der Europäischen Kommission zum Lissabonprozess, die Lösung lautet "more and better-jobs" im Bewusstsein nur die Quantität der Arbeitsverhältnisse zu erhöhen, dass das viele Probleme mitbringt, entweder Probleme individueller Natur, dass Menschen auch eine Chance brauchen auf eine Arbeit, die Sinn stiftet, die sie erfüllt, wo sie ihre Fähigkeiten entfalten können, aber auch gesellschaftlich ist es sinnlos Arbeit zu schaffen, die in einer globalisierten Welt im Wettbewerb mit anderen Ländern nicht bestehen kann, welche eine Arbeit ist mit geringen qualifikatorischen Inhalten, mit geringer Wertschöpfung. Daher ist diesem qualitativen Aspekt der Arbeit aktuell in Ansätzen, in Zukunft meine ich dann vermehrt Augenmerk zu schenken.

- Fünfte These: Der Staat als Leistungserbringer wird weiter zurücktreten. Ein Prozess, den wir in den letzten zehn, zwanzig Jahren beobachten, das wird weitergehen.

- Aber gleich die sechste These dazu ergänzt: Nicht privatwirtschaftliche Mechanismen und Marktprozesse werden an die Stelle des Staates treten, sondern so Zwischenfunktionen und Zwischenlösungen, insbesondere die Rolle der NGO`s wird weiter zunehmen- die Bedeutung der NGO`s für soziale Dienstleister wird weiter zunehmen, wenngleich der Effizienzdruck, also der Druck vorgegebene Ziele mit einem minimalen Aufwand oder mit einem bestimmten Aufwand ein möglichst (-) Zielerreichung zu erreichen. Dieser Effizienzdruck wird weiter

zunehmen. Also die Ökonomisierung der sozialen Arbeit, das wird sicher weiter zunehmen. Ich meine aber nicht, dass das die Form annehmen wird, dass profitorientierte Unternehmen im Bereich der sozialen Arbeit stärker vordringen werden. Es ist erstaunlich, wenn man die Entwicklung der letzten Jahre anschaut, dass die Felder wo profitorientierte Unternehmen soziale Arbeit leisten, vergleichsweise bescheiden geblieben sind. Das ist teilweise im Gesundheitsbereich, da ist es zunehmend. Das ist ganz beschränkt im klassischen Sozialbereich, nämlich im Bereich der Altenpflege, was ja auch eine bestimmte Nähe zum Gesundheitssektor hat. Es ist nicht gegeben im Bereich der Behindertenarbeit. Es ist kaum gegeben im Bereich der Arbeitsmarktpolitik- dort ist es gegeben im Bereich vom einfachen Trainings-, Beratungs- und Coachingleistungen. Aber wenn man sich das anschaut im Verhältnis, hat dort, wo auch aus Markterfahrungen- ich werde dann noch etwas aus anderen Bereichen dazusagen- in den Bildungsmarkt durch das Arbeitsmarktservice vorgedrungen werden konnte. Im Bereich der ganz niederschweligen Sozialen Arbeit, -sei es mit besonders Benachteiligten, sei es mit Drogenabhängigen, mit Obdachlosen, mit Wohnungslosen-, sind profitorientierte Unternehmen, soweit ich das überblicke, nicht vorgedrungen. Das hat eine Logik, einen Grund. Ich sehe den Grund darin zum einen, dass die öffentlichen Hände bei der Auftragserteilung, dass was sie zuerst ein bisschen kritisiert haben, dass ein Kostenprinzip vorherrscht, ein Kostenabgeltungsprinzip, hier ein relativ enger Rahmen vorgegeben ist, denn auch profitorientierte Unternehmen, wo sie viel zu wenig Treiber sehen, diese Kosten systematisch zu unterbieten, weil die üblichen Prozesse im Wettbewerb, nämlich Rationalisierung, (-- in der Sozialarbeit kaum einsetzbar sind. Weil Sozialarbeit im Kern eine personenbezogene Beziehungsarbeit ist. Halt mit 80-90% Personalkosten und da könnte man nur unterbieten, indem man Personen unterhalb des gegebenen Standards, (Kollektivvertrag) den es neuerdings gibt, anbietet, aber nicht durch Formen von Technisierung, Rationalisierung von Prozessen. Ein zweiter Grund warum das, denke ich, der Fall ist, ist darin zu suchen, dass Sozialarbeit schwer standardisierbar ist. Es gibt zwar die Bemühungen, auch der öffentlichen Auftraggeber über Produktbeschreibungen Standardinhalte hier ein bisschen, zu Recht ein größeres Ausmaß an Vergleichbarkeit und damit dort [...]. Aber ich weiß aus meiner Erfahrung, 2,5 Jahre als Landesrat in Salzburg, wie schwer es ist, über fast allgemein Floskeln hinaus, wirklich Standardisierung im Bereich der Sozialarbeit zu beschreiben, weil Sie im Endeffekt mit einem Menschen arbeiten, der so vielfältig in den Ausprägungen seines Defizits gesehen werden kann.

Ich gebe ein einfaches Beispiel aus der Arbeitsmarktpolitik, wo ich am längsten war- Wenn Sie im Bereich der Arbeitsmarktpolitik Erfolgsquoten vorschreiben und vielleicht sogar die Einnahmen oder Förderungen an Erfolgsquoten messen, kommen Sie sofort zu dem Problem, ja wie misst man denn dann im Eingang in einer Maßnahme quasi die Defizite dieser Personen, dass man fair die Aufarbeitung dieser Defizite dann ökonomisch bewerten kann. Da ist der Hebel viel viel größer beim Eingang, indem er unscharf ist zu (schwindeln), weil man es gar nicht erfassen kann als beim Ausgang mehr, oder beim outcome mehr oder weniger an Qualität zu produzieren, so dass man sich (-) Arbeitsmarkt, wie könnten generelle Erfolgsquoten vorzuschreiben zwischen 30 und 50%. Aber viel zu wenig Trennschärfe um hier wirklich unterschiedliche Leistung unterschiedlich honorieren zu können. Währenddem es vergleichsweise noch einfacher ist, wenn an einem Problem gearbeitet wird, die Arbeitsfähigkeit gemessen an der Arbeitsmarktintegration, gibt es bei komplexeren sozialen Problemfällen auch viel mehr Schwierigkeiten.

- Die nächste These ist, dass der Wettbewerb im Feld der Sozialen Arbeit, auch wenn Sie wahrnehmen dass er groß ist, in Wirklichkeit ein sehr sehr beschränkter ist. Sowohl auf Seiten der Anbieter, als auch auf Seiten der Nachfrager, gibt es im Regelfall nur wenige Einrichtungen die die Aufgabe erfüllen können. Wir haben also hier keine typische Marktposition, weder von homogenen Produkten, noch von einer Vielfalt von Anbietern, eine Vielfalt von Nachfragern, sondern eher monopolartige oder politische Systeme. Die öffentliche Hand hilft sich hier, indem die Qualitätsdiskussion eine größere Rolle spielt, indem man versucht, wenn man schon nicht den outcome standardisieren und beschreiben kann, dass zumindest die Prozesse, die geführt werden, um einen gegebenen Input einen

Output zu erzielen, dass diese Prozesse versucht werden zu normieren und Qualität zu sichern und an Eckpunkten auch zu messen, aber dieser Prozess ist sehr sehr am Anfang. Die These ist- es wird viel über Qualität gesprochen, es wird in den Einrichtungen durchaus auch unterschiedlich auf hohem Niveau Qualitätsmanagement betrieben, aber die Verbindung des Qualitätsmanagements in den Einrichtungen mit Qualitätsanforderungen der Auftraggeber der öffentlichen Hand ist, soweit ich das überblicke, noch sehr sehr rudimentär. These wäre aber: das wird zunehmen.

- Letzter Punkt: Der Prozess, der am weitesten, glaube ich, im Arbeitsmarktservice fortgeschritten ist, nämlich das anstatt von Förderungen im formalen Leistungsaustausch der inhaltliche Leistungsaustausch weiter zunehmen wird im Sinne von letztlich Entwicklung von Aufträgen zum Werkvertrag, wo das dann auch konsequent nicht mehr Kosten bezahlt werden, sondern der Bestbieter den vereinbarten Preis pro Dienstleistung dann auch erhält. Dieser Prozess wird weiter voranschreiten. Und insgesamt würde ich meinen, dass Sozialarbeit, Soziale Arbeit in den nächsten Jahren keinen Anlass hat mit mangeltem Selbstvertrauen unsicher in die Zukunft zu blicken. Sowohl die Aufgaben werden quantitativ, als auch die Wertschätzung dieser Aufgaben im politischen Prozess werden zunehmen. Dass die Professionalität der Dienstleistung weiter zunimmt, dafür werden Sie sorgen, werden die Ausbildungsträger sorgen und in einem gewissen noch unzureichendem Ausmaß auch die öffentlichen Hände als Financier.

Das wären meine Inputthesen für die nachfolgende Diskussion. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

Elisabeth Hammer: Vielen Dank, dass war ja, sagt man im Sport eine gute Vorlage für die Diskussion? Etwas worüber ich froh bin und was ja auch visionär-programmatisch ist, wenn man Sozialpolitik, soziale Sicherheit als Produktivkraft, und nicht nur als Kostenfaktor versteht, oder nicht als Kostenfaktor versteht. Das ist ja etwas, wofür ich mich als Lektorin für Sozialpolitik immer sehr bemühen muss. Schön, dass das da auch von der Seite des Ministers kommt.

Zur Besetzung des Podiums: Ich habe am Anfang gesagt, meine Kollegen im Team sehen Sie alle als soziale Experten und Expertinnen. Es ist natürlich immer schwierig dann zu überlegen, wen nimmt man auf das Podium. Wir hätten es auch umgekehrt machen können- Sie alle sind Podium und ich stelle mich einsam nach hinten und moderiere das alles. Wir haben exemplarisch Personen ausgewählt, vor allem aus dem Gesichtspunkt heraus, dass sie in unterschiedlichen Organisationsformen tätig sind- in Dachverbänden, in Vereinsstrukturen, in der Wissenschaft. Einmal sehen welchen unterschiedlichen Herausforderungen sich diese Personen gegenüber sind. Aber ich weiß auch, dass viele NetzwerkerInnen im Publikum sitzen und ich hoffe, Sie werden auch heute Ihre Meinung äußern.

Ich kann mich erinnern, die 5. These betraf den Staat als Leistungserbringer. Und die These war: Der Staat als Leistungserbringer wird sich weiter zurückziehen, oder wird weiter zurücktreten. Die Rolle der NGO's wird weiter zunehmen. Thema war auch der Effizienzdruck, den sich soziale Organisationen gegenübersehen. Aber auch die Festellen, dass eine Technisierung von personenbezogenen Dienstleistungen nur schwer möglich ist. Das ist vielleicht auch eine Frage an die Wissenschaft, da fühle ich mich noch ein wenig auf der sichereren Seite als bei der Politik. Insofern würde ich dich Karin Heitzmann einmal um eine Einschätzung bitten. Du bist als Armutsforscherin auf der Wirtschaftsuniversität Wien am Institut für Sozialpolitik tätig, hast einiges auch im Auftrag der Armutskonferenz geforscht zum Thema Armut und Frauen. Was mich aber interessieren würde, so auch im Rückblick vielleicht, wie hat sich die Rolle von NGO's gewandelt in dem Feld? Wie haben sich die Beziehungen von NGO's zueinander gewandelt, gibt es auch Veränderungen die das Verhältnis von Sozialen Organisationen und Staat betreffen? Du hast es ein bisschen über,

auch noch den Titel den wir uns heute für die Veranstaltung gegeben haben "Zwischen Kooperation und Konkurrenz" ein bisschen näher zu beleuchten. Karin dürfte ich dich bitten.

Karin Heitzmann: Vielen Dank, ich bedanke mich sehr für die Einladung. Hat mich sehr gefreut Visionen oder "Nichtvisionen", sondern Thesen vom neuen Sozialminister zu hören. Interessiert hat mich vor allem auch die Umsetzung von gewissen Vorstellungen, die da auch getroffen worden sind, wobei ich feststellen muss, dass bei etlichen Thesen ja nicht der Sozialminister zuständig ist, sondern der Wirtschafts- und Arbeitsminister, was, Detail am Rande, sehr schade ist. Was ich aber tun möchte, ist auf deine Frage eingehen- Wie schaut es denn eigentlich mit den NGO's aus, mit den Non Profit Organisationen, mit der Sozialwirtschaft und damit mit jener Organisationsform oder jenen Organisationsformen wo Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen vor allem tätig sind. Wobei man auch dazu sagen muss, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sind auch im öffentlichen Sektor tätig. Also nicht nur im Privatbereich. Und das muss man ein bisschen im Kopf behalten.

Wie schaut es aus mit Kooperation und Konkurrenz? Ich glaube ganz kurz zusammengefasst kann man sagen, dass Kooperation vor allem etwas ist, was zwischen den NGO's und dem öffentlichen Sektor stattfindet, und dass Konkurrenz etwas ist, was man eher zwischen den NGO's annehmen würde. Wobei ich auch die These des Herrn Bundesminister unterstütze, dass diese Konkurrenz, die es da anscheinend geben soll, mitunter auch deutlich überschätzt wird. Und jetzt blicke ich auf die Situation in Wien. Zum Teil werden ja auch Strukturen geschaffen, um gerade Konkurrenzsituationen nicht zuzulassen. Die Gründung des FSW ist so ein Beispiel dafür, wo man das auch ganz gut aufzeigen kann. Also insofern glaube ich auch, dass das Konkurrenzparadigma gar nicht so stark verankert ist, wie es zum Teil vielleicht kommuniziert wird. Kooperation gibt es aber auch zwischen den NGO's und Elisabeth Hammer hat angesprochen, ich bin vor allem auch in der Armutsforschung tätig, und im Rahmen der Armutsforschung haben wir gemeinsam mit der Armutskonferenz ein Projekt gemacht, wo wir uns angeschaut haben, wie schaut es denn aus mit Kooperation und Konkurrenz zwischen NGO's. Wie schaut es denn aus mit Kooperation und Konkurrenz zwischen NGO's und dem öffentlichen Sektor. Und da sind ganz interessante Ergebnisse herausgekommen, die zumindest für diese Armutsbekämpfungsorganisationen gelten, aber ich nehme einmal an auch für einen breiteren Bereich im Rahmen der Sozialpolitik oder der sozialen Dienstleistungen. Und da haben wir zum Beispiel herausgefunden, dass die Kooperation zwischen den NGO's sehr sehr gut funktioniert auf Ebene der KlientInnenarbeit. Also da arbeiten NGO's miteinander und das klappt sehr gut. Da sind sie auch sehr zufrieden nach eigener Einschätzung wie das klappt, wie man KlientInnen weiter verweist an andere NGO's, die für gewisse Problembereiche besser zuständig sind. Das klappt sehr gut.

Was sie uns gesagt haben, was nicht klappt, das ist zum Teil die Vernetzung, das ist zum Teil das gemeinsame Lobbying, was viel damit zutun hat, dass es dann einfach auch unterschiedliche Meinungen gibt. Was wird „belobbyt“? Wofür tritt man ein? Und da gibt es dann eher Schwierigkeiten in der gemeinsamen Arbeit. Konkurrenz möchte ich es nicht bezeichnen, aber sagen wir so ein bisschen Ungereimtheiten. Also auf der einen Seite solange es um die fachliche Ebene geht, um die Arbeit mit KlientInnen, kommen sie wunderbar miteinander aus, verkürzt formuliert. Sobald es eher um politisches Lobbying, Interessensvertretung, Vernetzungen etc. geht, schaut es schon nicht mehr so rosig aus. Und eine 3. Geschichte die interessant war in diesen Beziehungsfragen NGO's untereinander war, dieses manchmal etwas eigene Verhältnis zwischen kleinen und großen Organisationen, das zum Teil auch ein bisschen mit Neid bestückt ist. Da ging es so um Fragen, „wer darf denn mitreden bei der Politik“, sowohl auf lokaler, regionaler aber auch auf nationaler Ebene. Meistens werden nur die Großen eingeladen Caritas & Co und die Kleinen, die viel beitragen könnten, die hört man gar nicht und werden nicht eingeladen und haben irgendwie diese Wege nicht. Also auch das war ein Thema, was sehr heikel zu sein scheint innerhalb der NGO Szene. Wir haben uns dann auch Beziehungen angeschaut zwischen den NGO's und dem öffentlichen Sektor, und auch da mussten wir feststellen,

dass man nicht sagen kann, die Beziehung ist so und so, sondern extrem heterogen. Es hängt ein bisschen davon ab, in welchem Land eine NGO tätig ist, wie sie mit dem öffentlichen Sektor auskommt. Da gibt es gewisse Länder, wo die Zusammenarbeit überhaupt nicht klappt und dann gibt es andere Bundesländer wo die Zusammenarbeit sehr gut klappt. Ähnliches haben wir erlebt mit dem AMS, mit dem Arbeitsmarktservice, da gibt es Länder, wo die Zusammenarbeit zwischen NGO's und dem AMS sehr gut klappt, andere Länder die sich nur darüber aufgeregt haben, also gibt es eigentlich keine einheitliche Tendenz. Was da auch auffallend war, dass wir auch nach der Beziehung gefragt haben zwischen den NGO's, die quasi wirklich mit den KlientInnen arbeiten, also nicht Dachverbände, sondern Sozialorganisationen wirklich an der Basis und ihr Verhältnis zum Partner Wirtschaft. Man hört immer von corporate governance und corporate social responsibility und die Wirtschaft muss eingebunden werden und kommerzielle Organisationen. Also mit diesem Partner Wirtschaft konnten die Sozialorganisationen durch die Reihe hinweg nichts anfangen. Darüber gibt es offensichtlich keinerlei Beziehung.

Ich möchte noch eine Geschichte zum öffentlichen Sektor sagen, was Kooperationen angeht. Ich habe schon festgestellt, NGO's, und Sie haben es auch erwähnt in einer Ihrer These, da gibt es sehr starke Kooperationen. Wenn Sie sagen, dass es eine Tendenz gibt, dass der Sozialstaat, der öffentliche Sektor sich aus der Leistungserstellung zurückzieht, dann unterschreibe ich diese Tendenz, dass beobachten wir schon seit etlichen Jahren und Jahrzehnten mittlerweile schon. Ich glaube auch, dass das weiter geht.

Was nicht zurückgehen kann oder sollte, -jetzt eine normative Aussage- dass ist die Finanzierungsverantwortung des öffentlichen Sektors. Nämlich auch im Sinne von einer politischen Verantwortung. Es ist schon möglich, dass die Erstellung von Leistungen der private Sektor, oder einer der privaten Sektoren, erbringt. Finanzieren müsste es natürlich der öffentliche Sektor weiter. Und in diesem Zusammenhang ist Kooperation natürlich sehr sehr wichtig. Und was wir beobachten, ist ein Stück weit eine Verschiebung dieser Art der Kooperation. Denn Kooperation kann natürlich verschiedene Formen annehmen. Die kann auf der einen Seite mit einem Partner kooperieren und mehr oder weniger ein gleich starker, gleich mächtiger, gleich einflussreicher Partner sein und ich kann eine Kooperation haben, wo ich als NGO dann vielleicht nur Erfüllungsgehilfe des öffentlichen Sektors bin und defacto nur mehr das ausführe, was der Financier von mir verlangt, ohne da noch eigene Eigenständigkeit etc. drinnen haben zu können. Und da stellen wir fest, das ist durchaus eine Tendenz, die es gibt, auch im Zusammenhang mit der Quotendiskussion, die Sie angesprochen haben und mit dieser Leistungsfinanzierung, dass der öffentliche Sektor in vielen Bereichen sehr stark und immer stärker vorgibt wie die Arbeit in NGO's zu machen ist, nach welchen Standards und Regeln und welchen Qualitätsstandards- vieles was früher die NGO sich selbst quasi erarbeiten und auch selbst (-) gemacht hat. Ich glaube, ich lasse es jetzt einmal bei diesem Statement.

Elisabeth Hammer: Danke. Da war jetzt auch vieles auf den Arbeitsmarkt bezogen und insofern würde ich gern Judith Pühringer ansprechen. Du bist Geschäftsführerin des Bundesdachverbandes für soziale Unternehmen, eine Interessensvertretung für Organisationen die auch am 2. Arbeitsmarkt Angebote setzt. Ich habe mir bei den Thesen von Herrn Buchinger notiert, dass der Wettbewerb im Sozialen eigentlich eher beschränkt ist. Die Karin Heitzmann hat dazugefügt, Konkurrenz zwischen sozialen Organisationen gibt es nicht so wirklich oder nicht so, wie man glaubt. Welche Veränderungen nimmst du wahr für Mitgliedsorganisationen?

Judith Pühringer: Vielen Dank, das war jetzt eine riesen Palette an Themen. Ich weiß gar nicht wo ich anfangen soll. Der Arbeitsmarkt ist sehr intensiv angesprochen worden, was mich freut, weil ganz kurz nur, der Bundesdachverband arbeitsmarktpolitische Trägerorganisationen vertritt, sozialökonomische Betriebe, gemeinnützige Beschäftigungsprojekte, Beratungs- und Betreuungsunternehmen und Qualifizierungsunternehmen im 3. Sektor gemeinnützige Organisationen. Wir haben eine große Bandbreite bei unseren

Mitgliedsorganisationen, kleine und große und dieser Herausforderung erleben wir auch, wie kooperieren kleine und große miteinander, wie können wir da auch als Interessensvertretung einen Ausgleich schaffen? Zu den Herausforderungen des Arbeitsmarktes ganz aktuell was wir feststellen und da möchte ich auf einige ihrer Thesen eingehen. Wir sehen im Moment, dass ein Bild verfestigt wird- das Bild, dass arbeitslose Personen in der vielleicht sozialen Hängematte liegen. Fakt ist und unsere Erfahrung zeigt, dass 90% dieser Personen arbeitswillig sind und Arbeit suchen, dass das Angebot fehlt. Und wenn sie als Letztziel bezeichnen den 1. Arbeitsmarkt, dann ist das ein näheres Ziel. Wir glauben, dass viele unserer KlientInnen, viele arbeitslose Personen, viele arbeitsmarktferne Personen dieses Ziel schlicht nicht erreichen werden und können.

Deshalb glaube ich, dass es hier ein viel differenzierteres Angebot geben muss, als es bisher gibt. Wir stellen fest, dass die arbeitsmarktpolitischen Instrumente, die im Moment zur Verfügung stehen, ausgehöhlt werden, dass einseitig an Kennzahlen gedreht wird, wie z.B. der Verweildauer in sozialökonomischen Betrieben, die Verweildauer wird herabgesetzt auf 6 Monate. In dieser Zeit müssen arbeitsmarktferne Personen in den Arbeitsmarkt integriert werden, was schlicht unmöglich ist und das passiert oft und das ist ein weiterer wichtiger Punkt, ohne Einbindung der Trägerorganisationen. Wir haben sehr gute Austauschbeziehungen mit der Bundesgeschäftsstelle. Es gibt einen Kontakt, es gibt Kommunikation, es gibt Kooperation, allerdings stellen wir fest, dass in den letzten Jahren es immer mehr dazu gekommen ist, dass wir pseudomäßig eingebunden werden, dass wir am Ende vom Prozessen mit Entscheidungen konfrontiert werden, auf die wir eigentlich keinerlei Einfluss mehr haben können. Ich glaube da braucht es ein radikales Umdenken.

Ich glaube, dass soziale Organisationen doch einen demokratiepolitischen Auftrag der Mitwirkung haben, der Einbindung haben, schon viel früher in viel mehr Gremien. Wir sind nicht nur national gut vernetzt, über die Armutskonferenz zum Beispiel, sondern auch auf europäischer Ebene, und ich hole da jetzt ein bisschen aus. Aber ich glaube, dass über diese europäischen Netzwerke da auch ein bisschen Druck auf nationale Politik passieren muss. Wir müssen, soziale Organisationen müssen sich ja mehr in die Politik einbringen, müssen ja ExpertInnenwissen auf verschiedenen Ebenen einbringen können, es gibt Instrumente, die uns zur Verfügung stehen, zum Beispiel die offene Methode der Koordinierung von der Europäischen Union. Das sind alles extrem wichtige Punkte und eigentlich wollte ich noch ganz viel zur Arbeitsmarktpolitik sagen. Ich komme da jetzt wieder zurück, weil sie auch viel gesprochen haben über Qualitätskriterien, ob die schon gemeinsam zwischen anbietenden Stellen und AuftraggeberInnen entwickelt werden. Wir sind ganz konkret in einem Projekt, wo wir gemeinsam mit einer Landesgeschäftsstelle an solchen Qualitätskriterien auch arbeiten. Das heißt es ist möglich, es muss publik gemacht werden, es muss öffentlich gemacht werden. Ich glaube es gibt Effizienzkriterien und Qualitätskriterien an denen wir gemeinsam arbeiten können und müssen und ich glaube es aus diesem sozialarbeiterischem Handeln bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen vor allem ganz viel zu tun.

Elisabeth Hammer: Danke Judith Pühringer, das war ja jetzt am Ende ein relativ positives Statement: Wir können gemeinsam etwas bewegen, auch was Effizienz und Effektivität betrifft. Ich hätte noch eine Nachfrage: Minister Buchinger hat gesagt, dass die Sicherstellung der Einmündung in den Arbeitsmarkt zunehmend wichtiger wird und über viel Schritte hinweg passieren muss. Sehe ich das richtig, dass du da eine andere Entwicklung siehst, wenn du von der Aushöhlung sprichst, der Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik? Kannst du da noch mal kurz Stellung nehmen dazu?

Judith Pühringer: Also ich glaube es braucht ganz viele Schritte und es braucht vor allem ein differenziertes Angebot, das es im Moment in dieser Form nicht gibt und das muss in dem Dialog gemeinsam diskutiert werden, nicht am Ende, es dürfen nicht am Ende Entscheidungen präsentiert werden. Ich glaube gerade soziale Organisationen, soziale Unternehmen haben da ganz viel zu sagen. Die Sozialwirtschaft an sich hätte da ganz viel

zu sagen dazu und wogegen wir uns wehren ist, dass hier fertige Konzepte präsentiert werden oder ganz einseitig an Kennzahlen geschraubt wird, wo sich dann das ganze Instrumentarium selbst in Frage stellt. Wozu braucht es da einen Dachverband? Du hast gesprochen es gibt kleine und große Organisationen. Die setzen alle Angebote im dritten Sektor. Wenn da eine Stelle eingespart werden würde, was ginge verloren? Warum ist es wichtig diesen Dachverband zu haben? Ich bin ja jetzt nicht der, der dir den Job nimmt. Aber warum braucht man einen Dachverband in diesem Bereich? Was kann der mehr leisten als eine einzelne Organisation? Ich glaube, dass es eine Überforderung für kleinere Organisationen ist, für soziale Unternehmen, im Alltagsgeschäft Interessenarbeit und Lobbyingarbeit im großen Stil zu leisten. Ich glaube es braucht große Interessensvertretungen, groß im Sinne von wirkungsvolle, effiziente, die sich bewegen können, die Einfluss nehmen können, das braucht Finanzierung, das braucht auch Vielfalt. Also ich glaube die Armutskonferenz ist sehr gut, weil sie sehr viele Kräfte bündelt. Aber ich glaube, das braucht auch eine Breite an Interessensvertretungen. Ich glaube, dass das im Alltagsgeschäft für soziale Unternehmen so nicht zu leisten ist, aber immer wichtiger wird, hier auch Kräfte zu bündeln und hier mit einer Stimme oder einigen Stimmen zu sprechen.

Elisabeth Hammer: Danke schön. Das war jetzt mal so ein Teil zur Arbeitsmarktpolitik. Es gibt Bereiche der sozialen Arbeit, die definitiv nicht im Zentrum des Regierungsprogramms, aber auch nicht im Zentrum der Sozialpolitik stehen- Ich möchte Sie ganz herzlich begrüßen, Ute Bock ist hier. Sie arbeiten mit obdachlosen Flüchtlingen und AsylwerberInnen und vielleicht kann man sagen, das ist ja ein Bereich wo es definitiv zu mehr Eigenverantwortung gekommen ist und definitiv nicht das, was Minister Buchinger angesprochen hat, es wird hier treffsicher vom Staat daneben agiert. Minister Buchinger hat auch angesprochen und sich auch abgegrenzt von neoliberalen Visionen eines Charity-Staates, oder eines Kriminalstaates. Ich sage jetzt einmal ganz keck, kann der Staat nicht froh sein, wenn es so etwas gibt, einen Charity-Staat? Kann der Staat nicht froh sein, dass es so eine Person gibt wie sie, die auch charity macht und noch dazu ist es hip. Wie funktioniert das eigentlich wenn der Staat versagt und Sie als Person dafür einspringen? Wie geht es Ihnen dabei?

Ute Bock: Schlecht! Also ich pass da gar nicht her. Das betrifft mich überhaupt nicht was da bis jetzt gesprochen worden ist. Diese Gruppe von Leuten, die zu mir kommen, die haben mit dem überhaupt nichts zu tun- weder mit dem Arbeitsmarkt, noch mit der Versorgung, noch mit irgendwelchem Sozialarbeiterischen. Das sind Leute, die wir ganz bewusst auf die Straße stellen. Es wird abgestritten- es heißt, es kommen viel weniger Flüchtlinge und wir sind alle versorgt und alle sind untergebracht. Mir hat sogar einmal jemand von der Fremdenpolizei gesagt, sie dürfen alle arbeiten. Das stimmt alles nicht, sie dürfen sich nicht beschäftigen, sie dürfen nicht arbeiten, sie dürfen nicht lernen. Was ich für besonders schlecht halte- jetzt haben wir in den letzten Tagen in der Zeitung gelesen, wir müssen Arbeitskräfte einführen haben, weil wir zu wenig Ausgebildete haben. Wir haben wahnsinnig viel gescheite Leute im Land, die dürfen nicht einmal eine Oberschule machen, außer sie haben irgendeinen Gönner, der das zahlt. Ich habe heute erst wieder gesprochen, wir haben welche, die haben die Studienberechtigung und das Studium scheitert an ein blöden Gebühr, für diesen Vorstudienlehrgang- das sind 370 Euro pro Lehrgang- er kann das nicht bezahlen. Jetzt hat er das im Fenster, dass er studieren darf und kann nicht, weil das an diesen 370 Euro scheitert. Und das sind 4 Semester oder 6 Semester die er da machen muss und jedes Semester kostet 370 Euro. Der hat, wenn er untergebracht ist und grundversorgt ist, im Monat 290 Euro und da ist die Miete schon drinnen. Also das kann er nie bezahlen und was alles noch dazu kommt, Fahrkarte usw. Die Leute, die bei uns sind, die haben mit dem, was da gesprochen wird, überhaupt nichts zu tun und haben, glaube ich auch, dort nichts mehr zu erwarten, weil was ich so sehe, es wird täglich schlechter.

Elisabeth Hammer: Haben Sie an Erwartungen? Ich habe großspurig gesprochen, heute ist Minister Buchinger da, als unser Ansprechpartner über Parteigrenzen hinweg, über föderale Grenzen hinweg. Wir sehen ihn heute als die Person, die uns zuhört.

Ute Bock: Ich werde ihn nicht auslassen. Ich hoffe für mehr Verständnis. Das was sich jetzt abspielt, das geht nicht, das geht wirklich nicht. Es gibt Leute, die auf der Straße verhungern. Das gibt es jetzt wirklich. Ich habe immer Obdachlose gehabt und habe immer gewusst, na gut der ist zwar obdachlos, der hat keinen fixen Wohnsitz, der wohnt einmal da und dort und einmal vielleicht sogar in der U-Bahn, aber jetzt kommen Leute zu mir, die bei der Tür hereinkommen und sagen: „Mama ich habe Hunger“. Das muss man sich einmal vorstellen. Es gibt Einrichtungen vom Flüchtlingswesen, die rufen mich an und fragen: „Haben Sie ein Brot, unsere Kinder haben Hunger.“ Das muss man sich einmal vorstellen, mitten im reichsten Land der Welt. Wir schreien hinaus, wir sind das 4. reichste Land der Welt und dann haben wir nicht einmal etwas zu essen für diese Leute. Das ist unglaublich. Es passieren Sachen, also ich bin nicht so, dass ich sage vor 20 Jahren war alles besser, aber vor 20 Jahren wäre es nicht möglich gewesen, dass jemand von einem Spital abgewiesen wird, nur weil er keine Krankenversicherungen hat. Man hätte zwar vielleicht gekeppelt, dass er es nicht hat und was weiß ich für Schulden geschrieben, aber man hätte ihn behandelt und jetzt passiert das schon, dass das nicht geschieht. Und das ist eigentlich gefährlich.

Elisabeth Hammer: Was ich persönlich an Ihnen bewundere, dass Sie sich da wirklich mit Ihrer ganzen Person, und sie haben am Telefon gesagt, bis 4 in der Früh einsetzen für Ihre Klienten und Klientinnen. Das ist ja doch etwas, was man so den ProfessionistInnen nicht unbedingt abverlangt. Wie gehen sie damit um einerseits einen so hohen fachlichen Anspruch zu haben und andererseits Rahmenbedingungen, die das gar nicht stützen oder die sie ja teilweise auch immer wieder mit einem Fuß in die Kriminalität locken. Das klingt ziemlich bedrohlich.

Ute Bock: Das ist auch bedrohlich. Es ist nicht so, dass ich nicht auslassen kann. Aber man kann nicht weggehen, indem man jemanden sagt, bitte geh hinaus auf die Straße, der Regen ist nicht so nass wie du glaubst und es ist auch nicht so kalt. Das kann man nicht. Dann bleibe ich halt sitzen, bis ich irgendetwas geschafft habe. So geht das.

Elisabeth Hammer: So geht das. Haben sie irgendeinen Rat, wie das so gehen soll für die Professionellen SozialarbeiterInnen? Wir haben hier viele sitzen. Sie sagen, so geht das, sitzen bleiben bis etwas geschieht?

Ute Bock: Was machen Sie, wenn jemand zu Ihnen kommt, der ist 18 Jahre, ist nach Österreich gekommen, ist in Traiskirchen sofort in Schubhaft genommen worden, war dort ein halbes Jahr in Schubhaft und dann wird er auf die Straße gesetzt. Der kennt hier niemanden. Der hat überhaupt noch nichts gesehen von Österreich und steht schon auf der Straße. Der sitzt vis a vis von mir und fangt zu blazen an, was macht man denn da? "Geh hinaus ich habe dich nicht gerufen, du bist ein Wirtschaftsflüchtling" oder irgend so einen Schmarrn. Was soll ich ihm denn erzählen? Ich muss schauen, dass ich ihn irgendwo unterbringe. Und dann muss ich schauen, dass er etwas zu essen bekommt und dass er nach Möglichkeiten nicht schwarz fährt in der Straßenbahn.

Elisabeth Hammer: Das klingt, wie als hätten Sie viel zu tun. Vielen Dank.

Als nächstes möchte ich Katrin Wladasch begrüßen. Du bist im Vorstand von ZARA. Das steht für Zivilcourage und Antirassismus. Ihr bietet Beratung an, für Menschen, die von Rassismus betroffen sind. Ihr macht Öffentlichkeitsarbeit. Ihr gebt auch jährlich einen Rassismusreport heraus. Ich habe ein bisschen auf der Homepage von euch gesurft und habe so unterschiedliche Definitionen zum Thema Zivilcourage gefunden. Insofern ein Thema, das vielleicht an die Frau Ute Bock anschließt und ich möchte da eine Definition von Zivilcourage vorlesen, nämlich:

ZARA definiert Zivilcourage folgendermaßen: Sie beginnt mit Wahrnehmung und Verantwortungsgefühl und mündet in zivilcouragierten Handeln. Dies bedeutet den Mut zu haben, sich für jemanden, den Unrecht geschieht, einzusetzen. Dies kann das Risiko eigener

Nachteile beinhalten und unter Umständen den gesellschaftlichen und staatlichen Regeln oder Tendenzen zuwider laufen.

Was ist das für ein Aufruf zu zivilen Ungehorsam? Was macht ihr da bei ZARA? Warum könnte das wichtig sein für uns SozialarbeiterInnen?

Katrin Wladasch: Zivilcourage ist ein wichtiger Teil für unsere Arbeit. Es ist etwas, wo wir an jeden einzelnen appellieren manchmal diesen Mut aufzubringen, manchmal über den eigenen Schatten zu springen und sich einzusetzen für andere. Ich denke mir, Ute Bock, die vor mir gesprochen hat, ist eines der besten Beispiele das es gibt im Lande zum Thema Zivilcourage. Unsere Beratungsarbeit sehe ich jetzt nicht als so extrem zivilcouragiert. Wir machen einfach Beratungsarbeit in rechtlicher Natur, sozialer Natur, versuchen Leuten zu helfen, die diskriminiert werden und versuchen sie zu beraten, was sie tun können und sie dabei zu begleiten. Was wir auch machen, sind aber auch Trainings zu diesen Themenbereichen. Und da geht es vor allem darum, Leute fit zu machen zu handeln und etwas zu tun. Ich möchte, wenn ich mich da jetzt nicht vor der Frage flüchte, weil das will ich nicht tun, aber noch etwas zu den VorrednerInnen sagen, weil ich mich da auch irgendwie auf einen ganz anderen Planeten teilweise sehe. Weil uns geht es eigentlich genau umgekehrt. Wir haben sozusagen vor 7 Jahren ZARA gegründet, haben ein Thema aufgegriffen, das es vorher nicht gab in Österreich, das einfach nicht behandelt wurde, Diskriminierungen und Rassismus zu bekämpfen und haben gar keine Finanzierung dafür gehabt. Das heißt, uns geht es eigentlich zunehmend besser im Sinne von

Elisabeth Hammer: Habt ihr eine Finanzierung?

Katrin Wladasch: Wir haben insgesamt 2 Angestellte.

Elisabeth Hammer: Wie finanziert ihr euch? Finanziert euch der Staat, der Sozialminister?

Katrin Wladasch: Wir haben eine kleine Subvention von der Gemeinde Wien und der Rest wird durch Spender und SpenderInnen finanziert und durch diese Workshops, die wir veranstalten. Das heißt, wir leben wirklich vom comitment der Zivilgesellschaft zu diesem Thema Antirassismus. Das es einfach genug Leute gibt die sagen, wir wollen, dass ihr das macht und ich bin für die Finanzen zuständig. Und ich sitz jedes Jahr im Sommer da und denke mir, ok Budget schaut so aus, dass wir eigentlich zusperrern müssen aber die Mitgliederzahlen steigen und unsere Workshops werden einfach mehr und mehr gebucht. Wir haben so einen starken Rückhalt in der Zivilgesellschaft, dass wir eigentlich nicht aufhören können und es geht sich dann jedes Jahr irgendwie aus mit viel ehrenamtlicher Arbeit natürlich. Und das ist eigentlich ein gutes Zeichen, finde ich.

Elisabeth Hammer: Die Frau Karin Heitmann hat am Anfang ausgeführt, die Beziehungen zwischen NGO's und Staat. Man könnte da denken, dass es da so Situationen gibt, wo sich aus der Rolle der sozialen Organisationen die Verantwortlichen denken, die Hand die einen füttert, beißt man nicht. Beißt ihr die Hand, die euch füttert? Wie geht ihr damit um? Könnt ihr offen Kritik üben. Warum traut ihr euch das? Wegen diesem Rückhalt?

Katrin Wladasch: Das ist der große Vorteil den wir haben, dass wir keine gescheite Finanzierung haben. Ich habe das Gefühl, dass NGO's zunehmend gehört werden, zunehmend die Expertise von NGO's gesehen wird, akzeptiert wird und gehört wird, auch aufgrund des Drucks aus der Zivilgesellschaft. Nicht nur weil wir so laut, sondern weil es auch zunehmend Medien gibt, die dahinter stehen und Leute gibt, die sagen, das ist wichtig und dass sozusagen auch Subventionsgeber sich da nicht herausflüchten können. Ich möchte auch ganz kurz auch noch etwas sagen zu rechtlichen Entwicklungen im Bereich Antidiskriminierung und zu der Bedeutung von Vernetzung, weil dass wir in Österreich bereits eine Antidiskriminierungsgesetzgebung haben, die jetzt nicht alle Stückchen spielt, aber die durchaus brauchbar ist, haben wir zum großen Teil NGO's, und zwar NGO's die sich auf europäischen Ebene vernetzt haben, zu verdanken. Die auf europäischer Ebene

Druck auf die Entscheidungsträger gemacht haben bei der Kommission und dort Lobbyarbeit gemacht haben, dafür dass europäische Richtlinien die wieder dazu geführt haben, dass es in Österreich und in 3 anderen europäischen Ländern Gesetzgebung gibt und auch Projekte finanziert werden, zur Umsetzung dieser Gesetze.

Elisabeth Hammer: Also für eure Arbeit ist die europäische Ebene progressiv und wichtig um eure Anliegen durchsetzen zu können. Judith Pühringer, du hast das auch schon ein bisschen angedeutet, fällt mir nur ein. Danke Katrin Wladasch.

Ich möchte als letzten Redner Andreas Zembaty begrüßen, Leiter des Bereichs Marketing und Öffentlichkeitsarbeit bei Neustart. Neustart bietet Bewährungshilfe, Opferhilfe und Prävention an, jetzt einmal groß gesprochen. Es war heute schon Thema, dass der Wettbewerb in Österreich ja nicht so groß sei und dass große Organisationen Vorteile hätten gehört zu werden. Ich glaube du hast das gesagt Karin Heitzmann, da könnte man ja denken, da hat es ja dann Neustart gut. Man kann ja sagen, Neustart ist eine große Organisation. Hauptauftraggeber ist das Justizministerium und damit auch Hauptfinanzier. Eine Frage die da bleibt, ist, wie tut Neustart damit? Ist Neustart im Wettbewerb oder in einer Konkurrenzsituation. Ich habe ein wenig auf die Homepage geschaut und da gibt es einen Slogan der heißt, mehr Sicherheit für unsere Gesellschaft. Wir haben jetzt schon viel von Kritikfunktion gesprochen und wie viel Kritik kann man sich trauen zu äußern? Ist diese mehr Sicherheit für unsere Gesellschaft ein leises commitment, ein Erfüllungsgehilfe an das Justizministerium oder ist das durchaus gesellschaftspolitisch kritisch auch gemeint. So eine Frage an dich, versteht sich Neustart als reiner Dienstleistungserbringer, oder als Organisation, die auch gesellschaftspolitisch sich äußert?

Andreas Zembaty: Von meiner Seite Danke. Ja die Antwort ist relativ einfach. Wir verstehen uns ganz sicherlich nicht nur seit, in dieser 50 jährigen Geschichte dieser Organisation in Österreich und jetzt ab diesem Jahr auch in Baden Württemberg, da wie dort ganz sicherlich eine Organisation, die nicht bloß Soziale Dienstleistungen anbietet. Wir haben ein Verständnis von Sozialer Arbeit die da sagt, es ist unser Job und daran werden wir auch gemessen werden, Stichwort Effektivität, ob wir unseren Beitrag zu einem gesellschaftlichen Wandel wirklich realisieren können, auch als Neustart. Umso beschämender und bedrückender ist es, wenn uns Ute Bock heute erzählt mit welchen Menschen sie arbeitet und dass all das, was wir hier in Sozialarbeit auch in Wien leisten, offensichtlich noch immer solche skandalösen Zustände übrig lässt. Wir werden daran gemessen werden an unserem Bekenntnis mehr Sicherheit für unsere Gesellschaft und das ist nicht bloß eine Orientierung an irgendeinem neoliberalen Kurs, denn mehr Sicherheit für unsere Gesellschaft bedeutet dann sicherlich auch mehr psychosoziale Sicherheit für den Einzelnen Klienten, für die einzelne KlientIn. Und wir wollen Ute Bock einzigartiges in ihrem Engagement, große Organisationen haben eine Verantwortung gegen, bei uns sind es rund 1000 hauptamtliche Mitarbeiter und rund ah 800 ehrenamtliche Mitarbeiter in Deutschland und in Österreich. Wir haben eine Verpflichtung dieses Engagement, dieses zivilgesellschaftliche Engagement, das sich in einer beruflichen Aktivität artikuliert, auch zu sichern. Also auch hier eine Verpflichtung. Ich glaube aber auch, dass gerade diese Positionierung in der Öffentlichkeit nicht bloß Dienstleister zu sein, günstig(er)effektiver Dienstleister, sondern auch Kritik zu üben, automatisch den Wettbewerb (.) Konkurrenzbegriff (--) definiert den wir uns stellen wollen. Für uns sind nicht bloß andere soziale Anbieter mit besseren Leistungen, günstigen Leistungen, effektiven Klientenarbeitsleistungen relevant, sondern für uns sind ganz sicherlich relevant, die Menschen, die auf Ausgrenzung agieren, die sozial konstruktive Ansätze der Sozialarbeit permanent durch schnelle Lösungen, durch Ausgrenzung der Visualation lösen wollen, und damit die Opfer irgendwie auch zu Tätern machen. Gegen diese Gruppen in der Gesellschaft treten wir auf. Für uns ist der österreichische Strafvollzug mit den geringfügigen Lösungen die er für die existenziellen Probleme, (wie) Kriminalität bei Tätern und Opfern schafft ein Konkurrent. Denn er bietet nicht die Lösungen die auf Resozialisierung, Integration abzielen, sondern Ausgrenzung, totschweigen. Ich glaube aber, dass Sozialarbeit ihre Hausaufgaben auch zu machen hat in diesem Bereich. Gerade Wettbewerb würde uns überhaupt nicht schaden. Wettbewerb zwingt nämlich auch zu

Positionierung- dass Ziele, der Bundesminister hat es auch heute schon heute formuliert, klar definiert werden müssen. In der Öffentlichkeit Position auch auf die Gefahr hin, dass man die Hand die einen füttert attackiert und zur Rede stellt. Diese Positionierung auch in der Öffentlichkeit stattfinden. Mir erscheint das ganz wichtig. Ich vermisse in vielen Bereichen soziales, artikuliertes Engagement in der Öffentlichkeit von allen in unserer Branche.

Das zweite ist für mich, wie ist der Umgang mit Mitbewerbern, auch mit diesen Konkurrenten was öffentliche Präsenz von der Lösung sozialer Probleme betrifft. Ich glaube es geht hier nicht um Dumping Strukturen (-) in Österreich (-) worden, hat immer so geendet, dass es auf Kosten der Klienten ausgegangen ist. Ich glaube, wir müssen uns auch dazu bekennen, dass die Lösungen in einer win-win-Situation bestehen müssen. Wir können nicht einfach nur gewinnen wollen immer, sondern wir müssen schauen, dass die Lösungen, die wir als Soziale Arbeit anbieten für beide Teile Nutzen stiften. Und da glaube ich, haben wir noch unsere Schwächen in der Sozialen Arbeit. Qualität gehört automatisch heute schon mehrfach formuliert, auch schon von dir, zu einem der Zukunftsthemen der Sozialen Arbeit Effektivität. Wer misst aber die Qualität? Wo wird die Qualität definiert? Aus unserer Sicht ist es notwendig die Qualität nicht in einem inneren Dialog, in einem Elfenbeinturm in wissenschaftlichen Bereichen zu führen, sondern tatsächlich die Klienten zu fragen. Wie viele tun das in Österreich? Machen regelmäßig Befragungen und Designern ihre Dienstleistungen dementsprechend. Wir müssen die Kunden, also sprich die Auftraggeber, die Bezahler, die Zuweiser die die Leistung ja selbst nie konsumieren auf diese (-) fragen was sie wollen. Und wir müssen auch, wir dürfen den Dialog mit der öffentlichen Meinung nicht scheuen.

Elisabeth Hammer: Was ist mit den MitarbeiterInnen, den ExpertInnen? Welche Rolle spielen die bei der Messung von Qualität, oder bei der Definition von Qualitätskriterien? Du hast angesprochen die Kunden, die Öffentlichkeit, die AuftraggeberInnen. Sind es nicht die MitarbeiterInnen in sozialen Organisationen, die Kraft ihrer Expertise durch eine 4-jährige Ausbildung das am besten wissen?

Andreas Zembaty: Ja, die wissen verdammt viel und [ihr?] habt eingeleitet mit diesem zivilgesellschaftlichen Engagement, dass man nicht tot organisieren und verwalten darf. Ich glaube aber, auch wenn es vielleicht manchen jetzt hier irritiert, sie wissen nicht genug. Wir können bei diesen Ausbildungssituationen, und ich bin dankenswerterweise auch Teil dieser Ausbildungssituation hier in Wien, wir können nicht den Anspruch erheben, dass wir hier wirklich am Puls der Zeit sind. Denn der Puls der Zeit wird eben von diesen gesellschaftlichen Kräften, veröffentlichte Meinung bis hin zu dem Boulevard, vor dem wir uns oft scheuen als Sozialarbeiter hier mitzumischen, aber auch von den Kunden massiv definiert. Das heißt, die soziale Ausbildung, auch auf akademischem Niveau, reicht aus meiner Sicht ganz sicherlich nicht. Es ist Aufgabe, die Verantwortung sozialer Organisationen, die anderen Betroffenen, sprich Klienten, die Auftraggeberzuweisung, die Öffentlichkeit, permanent in diese Qualitätsentwicklung zu integrieren. Qualität findet nicht im Elfenbeinturm statt, sondern Qualität ist, was diese gesellschaftlichen Gruppen wollen, nichts anderes.

Elisabeth Hammer: Gut, einmal ein Statement. Ich war jetzt über deinen Mut überrascht, diesen Qualitätsbegriff neu zu definieren und vielleicht ein bisschen vorbei an den sozialen ExpertInnen. Aber du hast auch gesagt, die Sozialarbeit muss ihre Hausaufgaben machen und du wünschst dir mehr sozial artikuliertes Engagement, auch in der Öffentlichkeit. Und das möchte ich jetzt weitergeben, diesen Aufruf an Sie alle. Es ist jetzt einiges gefallen. Ich fühle mich jetzt außer Stande, das alles zu wiederholen, was an Themen hier platziert wurde. Ich sehe die ersten Hände hochgehen. Ich glaube wir sammeln das jetzt einmal und ich bitte Sie am Podium auch ein wenig mitzunotieren, damit wir da nicht den Überblick verlieren. Ich würde vorschlagen, wir sammeln einmal 5 Statements.

Thomas Kerschbaum (P): Thomas Kerschbaum, Personalvertretung am Wiener Jugendamt. Also ich würde gern noch einen Aspekt zum Thema MitarbeiterInnen anführen, der leider nicht gefallen ist. Ich denke mir auch die Sozialarbeit muss ihre Hausaufgaben machen, kann man schon in irgendeiner Form unterstützen, aber ich denke mir, Sozialarbeit muss zuerst einmal, wenn es um die Visionen geht auch einmal an sich selber denken. Weil das ist auch gut für die KlientInnen und würde auf einen Aspekt aufmerksam machen. Also diese Konkurrenzsituation in der Sozialen Arbeit herrscht nicht nur im Privatbereich, im Sozialbereich zwischen den Organisationen z.B. hat diese Konkurrenzsituation auch übergeschlagen auf die Vertretungsarbeit z.B. auf die gewerkschaftliche Arbeit, Sozialarbeit ist in verschiedenen Gewerkschaften organisiert, sehr zum Nachteil. Die Kollektivverträge, die jetzt abgeschlossen werden sind eigentlich immer ein Abstieg, gehaltsmäßig, Arbeitsbedingungen. es mag ein Vorteil sein, dass es Regelungen gibt. Aber Regelungen, die etwas schlechter machen, werden wohl kaum soviel Zustimmung finden - wie auch die Diskussion über den BAGS Kollektivvertrag gezeigt haben - und der Organisationsgrad der SozialarbeiterInnen oder der im Sozialbereich Tätigen bei privaten Organisation liegt unter 10%. Das heißt, das ist keine Basis für eine gute Vertretungsarbeit für die Sozialarbeit. Ich denke mir, wenn man von Visionen spricht, gehört es auch einmal dazu an sich selber zu denken, an das Einkommen, an die Arbeitsbedingungen.

Hr. Wohl (P): Mein Name ist (Wohl), ich bin von keiner Institution. Ich möchte den Herrn Minister fragen wie sich die SPÖ die nächsten 10 Jahre vorstellt, also welche sozialpolitischen Ziele wollen Sie erreichen und umsetzen. Ich frage Sie bewusst nicht als Minister, weil ja manche Dinge auch den Herrn Dr. Bartenstein betreffen, mir geht es darum welche Ziele Sie als Partei formulieren können.

Elisabeth Hirschlehner (P): Studentin aus dem zweiten Semester. Eines ist mir sehr schwer aufgefallen. Hier wird viel von Controlling gesprochen und Qualitätsmanagement. Was ich in dem ersten halben Jahr jetzt mitbekommen habe, ist dass sehr viele Stricherlisten gemacht werden an sozialen Institutionen, zum Thema Telefonkontakte, Sozialkontakte, und ich glaube nicht dass das die Qualität der Sozialarbeit misst und ich frage mich wie Sie sich „Qualität messen“ vorstellen?

Karl Hallmann (P): Ich spreche hauptsächlich das Thema der Arbeitslosen an. Wir sprechen ja heute über das Soziale und da gehören ja auch die Arbeitslosen dazu. Ich bin selbst ein Betroffener und weiß wie schwer es ist, ich wurde zum Beispiel auch gesperrt vom AMS, wie schnell man eigentlich ganz tief unten ist. Wenn man dann eigentlich nichts hat und ich bin froh, dass ich Freunde habe, die mich unterstützt haben in dieser Zeit, mit Essen usw. oder hin und wieder ein etwas zu tanken, so dass ich auch meinen Dingen nachgehen kann und mich wo bewerben kann, aber ich möchte hauptsächlich unseren Bundesminister ansprechen. Was wird eigentlich auf uns Arbeitslose in den nächsten Jahren zu kommen? Ich fürchte, dass da nichts Gutes kommt. Es wird immer mehr Arbeitslose geben, leidergottes. Wenn es so weiter geht werden wir bis spätestens in zehn Jahren eine Million Arbeitslose haben und das ist etwas ganz schlimmes für so ein Land wie Österreich, dass man viel zu wenig für die Arbeitslosen tut. Das müsste eigentlich die Politik übernehmen, dass sie für uns einspringt, denn wir können nichts dafür, dass es viel zu wenig Arbeit gibt. Es wird zwar immer von Grundsicherung gesprochen, aber es wird nicht richtig umgesetzt. Wenn es so weiter geht - wie es auch in Deutschland ist, dass alles vorher weggenommen wird bis jeder irgendeine Unterstützung bekommt, - dann ist ja jeder schon am Boden bis er dann überhaupt zu einer Unterstützung kommt. Das wäre meine Frage, wie es weitergehen soll.

Herr Reif (P): Ich bin der Obmann des Vereins zum alten Eisen. Wir sind ein Erwerbslosenverein. Die meiste Sozialarbeit wird noch immer von den Privaten gemacht und das für Gotteslohen und zwar Altenpflege, Kinder, usw. Hier sollte man einmal was machen. Dann möchte ich bitte einen Bogen spannen von Ute Bock zu einer Bemerkung von unserer letzten Diskussionen von Suizidgefahr von Erwerbslosen, denn wie Kollege Hallmann schon

angesprochen hat, kommt man durch die § 10 Regelung derartig in die Petrujje, dass man letztenendes auf der Straße steht und ich habe mehrere Leute schon - übertrieben gesagt - vom Strick heruntergeschnitten, die seelisch so schlecht drauf waren, dass sie Suizid begehen wollten. Dann noch eine Sache, die ich erwähnen möchte bezüglich SÖP's, Dachverband usw. Man sollte sich die einzelnen Betriebe genauer anschauen, es gibt nämlich relativ viele schwarze Schafe, speziell in Wien dabei.

Frau Stank (P): Ich arbeite im Rehabilitationsbereich und was mir im den letzten Jahren auffällt, dass die Bedingungen nicht nur für die Betroffenen, die unsere Unterstützung und Information benötigen, sondern für die Personen, die in der Sozialarbeit tätig sind, immer härter werden. Ich glaube nicht, dass wir Wettbewerb brauchen, um Qualität zu messen oder garantieren zu können. Ich glaube wir brauchen Arbeitsbedingungen wo wir wirklich die Aufträge, die wir von unseren KlientInnen haben und nicht nur von unseren Geldgebern und das möchte ich nochmals in Erinnerung bringen, dass das auch unser Auftrag ist. Ich habe kürzlich in Deutschland die Möglichkeit gehabt mich mit Berufskollegen auszutauschen. Das hat mich sehr erschreckt, die Frustration ist sehr hoch und die Funktion, dass wir zu Erfüllungsgehilfen werden, wird immer größer. Die eigenen Bedingungen, in der wir alle drinnen stecken in der Arbeit, wirklich auch zu kritisieren und zu sagen, wir können nur unter bestimmten Bedingungen gute Qualität leisten.

Elisabeth Hammer: Vielen Dank. Sie haben das Thema Erfüllungsgehilfe in Sozialarbeit als Erfüllungsgehilfin angesprochen. Etwas, was ich da auch einbringen kann, als Beispiel, ich habe in der Einleitung angesprochen, wir sind auch immer dabei Fallstudien zu machen, wo wir fachliches Arbeiten in Organisationen kritischer unter die Lupe nehmen und schauen, was ist möglich unter den gegebenen Rahmenbedingungen, was ist nicht mehr möglich, welche Spannungsfelder gibt es, welche impliziten Aufträge. Es ist für uns immer sehr schwierig KooperationspartnerInnen zu finden und ich sage jetzt einmal selbstbewusst, ich glaube das liegt nicht an der Qualität unserer Arbeit, sondern doch ein bisschen auch an der Angst Sozialer Organisationen, was denn mit dem dann passiert was dann da erforscht wird. Was passiert mit den Ergebnissen? Wie sind denn Ressourcen auch in Gefahr, wenn man sich da für Forschung zur Verfügung stellt? Das schließt wieder den Kreis zu dem, was ich am Anfang gesagt habe, es geht um Sichtbarmachung und Veröffentlichung. Ich glaube die Sozialarbeit kann es sich nicht leisten da geheim zu bleiben und auch über die Bedingungen ihrer Arbeit und die Möglichkeit Aufträge die auch von den KlientInnen kommen zu erfüllen. Sozialarbeit kann sich nicht leisten da geheim zu bleiben und auch über die Bedingungen ihrer Arbeit und die Möglichkeit, Aufträge die auch von den KlientInnen kommen zu erfüllen. Sozialarbeit kann sich nicht leisten da zu schweigen. Soll sie auch nicht. Das Podium darf jetzt auch wieder sprechen, nicht schweigen. Wer immer will. Andreas Zembaty du meldest dich zum Thema Qualitätsmessen?

Andreas Zembaty: Pointiert zusammengefasst (-), nämlich Qualität ist das, was man an den Mitarbeiter und MitarbeiterInnen vorbei entwickelt. Diese Zusammenfassung geht natürlich dramatisch an dem vorbei, was ich gemeint habe. Denn wer führt denn Dialog mit den Auftraggebern, mit den Klienten und mit der Öffentlichkeit? Das sind natürlich Mitarbeiter und MitarbeiterInnen. Und wenn die Kollegin meint, Qualitätsmessung, die sich in Stricherllisten erschöpft, sei nicht die richtige, dann kann man ihr, denke ich mir, nur zustimmen. Qualitätsmessung muss, und da sind wir auch noch relativ schwach aus meiner Sicht in dieser Branche, sie muss auch motivieren, den einzelnen Mitarbeiter, die einzelne Mitarbeiterin tatsächlich diese soziale, praktische Expertise doch auch so weit zu reduzieren, ohne dem wird es nicht gehen, dass daraus auch wissenschaftliche, qualitative Aussagen zu treffen sind. Dieser Mut zur Vereinfachung heißt bei weitem nicht Mut zu Plattheit. Aber gerade aufgrund eines sozialarbeiterischen Selbstwertgefühls muss es uns möglich sein, jenseits von Stricherllisten, unsere Expertise in der Arbeit mit Klienten zu Papier zu bringen, zu dokumentieren und uns dann die einzelfallübergreifende Auswertung als Grundlage für unseren öffentlichen Auftritt, Dialog mit den Financiers, Dialog mit dem Boulevard von mir aus, aber auch (tatsächlich) zu nehmen. Ich glaube Mitarbeiter und

MitarbeiterInnen sind letztlich die Qualitätsindikatoren. Aber eines kann nicht sein, nun um provokant zu enden, dass das so verstanden wird, dass man sagt Qualität ist, was ich selber mache und das ich mache lässt sich durch keinerlei Standards in irgendeiner Form evaluieren beziehungsweise dokumentieren. Das wäre falsch.

Elisabeth Hammer: Vielen Dank für diese Differenzierung. Vielleicht habe ich da ein bisschen schnell geschossen. Qualitätsmessung im arbeitsmarktpolitischen Bereich, Judith Pühringer, wie geht es den Organisationen, für die du auch sprichst? Ich habe mir sagen lassen, im arbeitsmarktpolitischen Bereich wird Qualität dann relativ einfach und in Zahlen gemessen. Wenn Du sagst, es gibt Kreise in denen Qualität definiert wird, um welche Kriterien handelt es sich da? Ist das etwas anderes als Stricherllisten?

Judith Pühringer: Ich glaube Sehrwohl, dass das etwas anderes als Stricherllisten sind. Das sind genau solche Qualitätskriterien, die im Dialog entstehen. Die auch nicht von heute auf morgen passieren. Wir merken, dass es Prozesse sind, die lange entwickeln müssen, die immer wieder hin und her gespielt werden und ich glaube nur im Dialog mit allen beteiligten AkteurlInnen, inklusive der KlientInnen, können wir wirklich zu Qualitätskriterien kommen und was ich aber auch glaube, weil so ein bisschen immer die Frage ist der Betriebswirtschaftlichung und Kennzahlen, sind die böse oder nicht? Von unseren Organisationen, das sind soziale Unternehmen, also betriebswirtschaftliche Unternehmen im besten Sinne, die agieren betriebswirtschaftlich, die haben Kennzahlen zu erfüllen, weil sie soziale Unternehmen sind und auch auf einem Markt bestehen. Sie tun aber auch noch etwas anderes. Sie haben auch noch einen sozialen Auftrag zu erfüllen. Das ist eine unheimlich komplexe Tätigkeit und ich würde gerne einerseits sagen, sie agieren betriebswirtschaftlich, aber sie müssen auch nicht die besseren BetriebswirtInnen sein. Das ist für mich ein total wichtiger Punkt, weil das immer so ein bisschen gegen einander ausgespielt wird und ich glaube es braucht beides und es gibt auch beides und es muss beides unterstützt werden, auch in der Lehre, denke ich mir.

Elisabeth Hammer: Verstehe ich das richtig, Controller auf Augenhöhe mit SozialarbeiterInnen, so mal auf die Schnelle und kurz gefasst?

Judith Pühringer: Ja, so in der Art. SozialarbeiterInnen, denen die Begriffe Controlling nicht fremd sind, die sie aber für ihre Zwecke und ihre Arbeit entsprechend adaptieren und verwenden und sie als wichtige Kennzahlen neben vielen anderen Kennzahlen, die es vielleicht teilweise auch noch zu entwickeln gibt, verwenden können und das auch ohne Angst tun.

Elisabeth Hammer: Ich möchte jetzt vor allem zu 2 Anfragen kommen, wo es sehr konkret um die Situation von Personen geht, die von Erwerbsarbeitslosigkeit betroffen sind. Was kann getan werden, was wird getan werden, von der SPÖ in den nächsten zehn Jahren, für arbeitslose Menschen, wie ist das mit den § 10 sperren? Das ist wirklich ein Thema, das die Runde macht und auch immer wieder kommt und immer wieder kommt. Bei mir ist ein Fragezeichen, ist bei Ihnen die Antwort?

Erwin Buchinger: Ich war in Salzburg zwischen 1991 und Ende 2003 zuerst Leiter des Landesarbeitsamtes, dann Geschäftsführer im Arbeitsmarktservice. Das Landesarbeitsamt und das Arbeitsmarktservice Salzburg war dafür bekannt, dass es die meisten Ausschlussfristen wegen Verweigerung der Annahme einer zumutbaren Arbeit verhängt. Ich habe da nie Probleme damit gehabt. Ich habe nur geschaut, dass im Einzelfall zum einen die Kontrollmechanismen funktionieren, dass man berufen kann, dass die Arbeiterkammer bei Berufung auch unterstützt, dass es ein faires Verfahren und ein faires Ergebnis gibt. Aber ganz eindeutig, wenn die Normen, die die Gesellschaft im Bereich der Arbeitslosenversicherung sich gegeben hat und die lauten, wer eine zumutbare Beschäftigung verweigert anzunehmen und da gibt es Zumutbarkeitsdefinitionen im Gesetz, der verliert für einen im Gesetz definierten Zeitraum den Anspruch auf Arbeitslosengeld. Ich

sehe, dass jetzt nicht normativ vom Gesetz her zu vollziehen. Ich glaube auch, dass das auch inhaltlich richtig ist, dass ist Ausdruck das im Versicherungsprinzip, auch in anderen Systemen anerkannten Mitwirkungsprinzip oder genauer gesagt Schadenminderungspflicht des Betroffenen. Würde man eine Arbeitslosenversicherung anders organisieren, dann wäre es eben keine Arbeitslosenversicherung, sondern ein bedingungsloses oder sonstiges Grundeinkommen. Als solches ist die Arbeitslosenversicherung nicht konstruiert. Das bedeutet nicht, dass in jedem Einzelfall die Ausschlussfristen richtig verhängt werden. Ich weiß im Gegenteil, dass ist auch zwischen den Ländern unterschiedlich, hat es aber auch zu der Zeit als ich im Arbeitsmarktservice war, auch eine Qualitätskennziffer gegeben, wie viel Prozent der Sperren werden aufgehoben, eine wichtige Qualitätskennziffer. Das es hier eine große Streuung gibt und das ist etwas, was natürlich in der Verantwortung der MitarbeiterInnen und des Managements liegt, dass hier natürlich nicht willkürlich vorgegangen wird, sondern unter voller Beachtung des Gesetzes, das auch soziale Gesichtspunkte erlaubt, etwa bei der Nachsicht.

Aber grundsätzlich bekenne ich mich zu schweren Ausschlussfristen, sie sind nach meiner Erfahrung das Produkt einer intensiven Vermittlungsarbeit. Wenn man nicht vermittelt im Arbeitsmarktservice, gibt es keine Sperren. Wenn man intensiv vermittelt, steigen die Sperren und Ausschlussfristen. Bevor ich zu lange werde, eine Größenordnung noch, damit man ungefähr sich vorstellen kann. Ich kenne die aktuellen Zahlen nicht mehr, aber ich weiß die Zahlen von Salzburg wie ich dort beschäftigt war. Da hatten wir in einem gesamten Jahr ca. 1000 derartiger Sperren. Das ist gemessen an etwa 50000 Arbeitssuchenden, die im Laufe eines Jahres auf Arbeitssuche sind und eine Leistung aus der Arbeitslosenversicherung beziehen eine Größenordnung von 2 %, also nichts dramatisches, kann nicht dazu verleiten zu sagen, Arbeitslose sind generell oder weitgehend arbeitsunwillig. 2%, die die Sperren bekommen.

Elisabeth Hammer: Danke dazu .Sie haben sich in Ihrem Statement abgegrenzt gegenüber, wenn ich Sie da richtig zitiere, Kriminalstaat. So wie ich das mitbekomme über meine Tätigkeit an der Fachhochschule klagen doch sehr viele KollegInnen darüber, dass der Auftrag der Sozialarbeit zur Normierung und zur Kontrolle, also Normierung meine ich das, dass man die KlientInnen zwingt einen spezifischen Weg einzuschlagen und vielleicht nicht das so wahrnehmen kann, was die Kollegin in der zweiten Reihe angesprochen hat, die Ziele der KlientInnen auch mitzuverwirklichen. Sehen Sie nicht, dass durch die Entwicklungen in der Arbeitsmarktpolitik diese Kontroll- und Normierungsaufgaben der Sozialarbeit zunehmen und die Unterstützung, die positive Unterstützung vielleicht ein bisschen aus dem Auge gerät. Sie sagen, das ist sozusagen gesellschaftlicher Konsens und Teil der Arbeitslosenversicherungen, aber die Bedingungen werden schon auch verschärft. Die Zumutbarkeitsbestimmungen werden schon auch enger gesetzt als es früher der Fall war, wobei so wie Sie es angesprochen haben, bei einem Ende der Vollbeschäftigung, bei anderen Wirtschaftswachstumsraten wie sie in den 70igern üblich waren.

Erwin Buchinger: Also zum einen möchte ich um Vorsicht bitten, dass man diesen Gesprächskontext, den Sie jetzt ansprechen, mehr Kontrolle, mehr Normen im Bereich der Arbeitslosenversicherung, dass man das in so eine Nahebeziehung zum Begriff Kriminalstaat stellt. Da sind Welten dazwischen. Da muss man vorsichtig sein mit der Begrifflichkeit. Kriminalstaat meint, dass man der Überzeugung ist, die Probleme der sozialen Disparitäten über Gefängnisstrafen zu lösen, so wie das in den USA in vielen Gegenden, Regionen, wo es starke soziale Spannungen gibt, versuchen diese Spannungen zu dämpfen, die sozialen Lebensverhältnisse zu verbessern, sondern reagiert man mit Polizei und Gerichten und sperrt ein und hat dann auch ein bisschen mehr Ruhe. Dafür hat man wenn ich das richtig sehe pro 100000 Menschen 700 Häftlinge. Also ganz ganz hohe Zahlen. Das meint man mit Ablösung des Sozialstaates durch Kriminalstaat. Dass eine Gesellschaft, ein System so wie hier die Arbeitslosenversicherung oder andere Bereiche der Sozialversicherung generell die Einhaltung ihrer Regel versuchen muss sicherzustellen und dass es da immer eine Balance ist, wie weit geht die Kontrolle, wie weit geht das Vertrauen.

Das sehe ich. Ich sehe, dass wir auch die wenigsten Kontrollen haben und daher spreche ich, wenn es um Sozialbetrug geht am wenigsten von Arbeitssuchenden (in der Sozialpension). Ich spreche von Unternehmen, die die Arbeitskräfte nicht zur Sozialversicherung anmelden. Wo es viel zu wenig Kontrollen gibt. Wo es zu wenig Kontrollen gibt bei Schwarzarbeit. Wo es zu wenig Kontrollen gibt bei Steuerhinterziehung. Das habe ich vornehmlich im Fokus und ich denke da werden auch Sie mir zustimmen, dass da Kontrollen und Einhaltung der Normen notwendig ist. Aber ich sage auch, auch im Bereich der Betroffenen, der Leistungsbezieher ist es aus generalpräventiven Gründen erforderlich ein schwer zu definierendes und im Vergleich zu den Unternehmen sicher derzeit viel viel stärkeres Potential an Kontrollen, an Sicherstellung auch beizubehalten. Ich sehe in Österreich, dort wo ich das beurteilen kann in Salzburg, für okay. Ich weiß nicht wie es in Wien ist, Möchte aber in Wien dazusagen, dass Wien sicher deswegen eine schwierige Situation am Arbeitsmarkt hat, weil hier Langzeitarbeitslosigkeit, verfestigte Arbeitslosigkeit einen viel größeren Umfang hat, als das in Salzburg oder Oberösterreich der Fall ist.

Elisabeth Hammer: Danke, ein adhoc Statement von Ute Bock.

Ute Bock: Ich wollte nur sagen, Sie haben die Zustände in Amerika geschildert. Bei uns, wir streben darauf zu. Wir schalten ganze Bevölkerungsteile aus und wundern uns dann, wenn diese in irgendeiner Form kriminell werden. Das sehe ich nämlich kommen. Es ist sicher so, dass es sehr viele Menschen gibt, die wirklich arbeiten wollen. Ich bin auch für dieses, dass man das kontrolliert, dass die Leute Arbeiten annehmen müssen, die nicht unbedingt nach ihrem Geschmack sind. Das ist vollkommen richtig. Aber man muss das mit ein bisschen Gefühl hinüberbringen. Man muss den Leuten auch entgegenkommen und man muss auch auf die Wünsche der Leute eingehen. Ich kenne sehr viele Langzeitarbeitslose, die machen den dritten Berufsfindungskurs, was hat das für einen Sinn bitte? Ein Fünfzigjähriger, der drei Kinder zu Hause hat und deshalb nicht arbeiten kann, weil das eben nicht geht mit Kindergarten und Schule, muss aber drei Berufsfindungskurs hintereinander machen. Der sagt, in dem Moment wo ich arbeiten gehen kann, brauche ich das alles nicht mehr, denn ich brauche nicht mehr lernen wie man ein Vorstellungsgespräch führt und diese Dinge.

Erwin Buchinger: Es kann einen Sinn machen, Frau Kollegin, es kann einen Sinn machen, nämlich dann, wenn das Arbeitsmarktservice vermutet, dass diese Person, was es auch gibt, daneben pfuscht. Dann nimmt man mit derartigen Kursen, die an und für sich wenig Sinn haben, nimmt man die Zeit. Sie können lachen, aber das hat einen Sinn. Da nimmt man die Zeit, die man sonst zum pfuschen verwenden kann und das ist vernünftig.

Elisabeth Hammer: Es gibt schon sehr viele Wortmeldungen im Publikum.

P: Ich hätte noch gerne die Antwort auf die Frage, was passiert in den nächsten zehn Jahren.

Elisabeth Hammer: Was passiert in den nächsten zehn Jahren? Bitte um eine ganz kurze Antwort, ich möchte, dass andere noch zu Wort kommen. Die Programmatik der SPÖ für die nächsten zehn Jahre in kurzen Worten.

Erwin Buchinger: Vollbeschäftigungspolitik, eine ernst genommene mit zusätzlichen Ressourcen im Bereich Forschung, Entwicklung, Bildung, aktive Arbeitsmarktpolitik, Chancengleichheit am Arbeitsmarkt, auch für benachteiligte Gruppen, entschiedene Armutsbekämpfung und Senkung der Armutsgefährdung, im Bildungssystem, Chancengleichheit, Sicherstellen etwa auch für MigrantInnenkinder und die Finanzierung der sozialen Sicherheit nachhaltig sicher auch durch mehr Beiträge von Unternehmen und Vermögen.

P: Das sind Schlagworte, die man sich wünschen kann, aber wo kommt das Geld dann her?

Elisabeth Hammer: Es gibt trotzdem wahrscheinlich Wortmeldungen im Podium. Alles nach der Reihe. Vollbeschäftigung ist, ich meine es war jetzt nicht gesagt, ob das realpolitischer Pragmatismus ist oder visionär, was davon umsetzbar ist, ich möchte Ihnen noch einmal die Möglichkeit geben, Ihre Statements zu machen.

Peter Hauser (P): Initiative 40 Salzburg. Ich kenne Herrn Minister Buchinger. Er war eigentlich Geburtshelfer meiner Arbeitsinitiative. Ich muss ein bisschen widersprechen was Sie gesagt haben, aber ich spreche von anderen Zahlen, wo sie nicht mehr verantwortlich waren dafür. Wir haben in Salzburg 2005, 5600 Streichungen gehabt und nicht 1000. Es gibt Streichungen §9, §10, §11 und §49.

Erwin Buchinger: (---)

Elisabeth Hammer: Ok die Beschränkung war hier auf §10 sperren. Sie haben andere Zahlen mit mehr (-)

Peter Hauser (P): In jedem Fall sind es arme Menschen, denen das letzte genommen wird und das ist einfach unwürdig für eine Demokratie und für eine freie Marktwirtschaft. Wenn ein Job richtig bezahlt ist, dann wird er genommen. Wir brauchen keine Streichungen. Ich wehre mich entscheiden dagegen, weil man sieht, wie die Leute darunter leiden. Ich finde, wenn solche Streichungen stattfinden, das ist ein Eingriff in das Privatvermögen der Menschen, weil wenn jemand eine Streichung bekommt, muss er ja irgendwo das Geld für 2 Mieten holen und das kommt von den Sparbüchern, von der Tante, von der Oma, von irgendwem. Das sind Steuern, die sich der Staat dann eigentlich spart. Ich möchte auch sagen, dass die Arbeitslosenversicherung nicht eine Versicherung im eigentlichen Sinn ist. Es sind ja Gesetze. Das läuft dann so, dass kommt natürlich aus einer alten Sache heraus. Als Gegenüber der Arbeitslosen würde ich den Arbeitgeber sehen. Und der hat sich verabschiedet zu einer Zahl von 300 000 ohne Sanktionen und die Rechnung bezahlt der Arbeitslose.

Jochen Kugler (P): Ich bin Sozialreferent der Wiener Grünen. Ich möchte zu dem Thema auch noch etwas sagen und dem Herrn Buchinger etwas ins Stammbuch schreiben. Bei den berühmten (-) sollte man auch nicht außer Acht lassen, dass weiß ich als Sozialreferent in Wien sehr gut, dass das gleichbedeutend damit ist, dass die Menschen genau gar nichts bekommen, weil sie, zumindest im Wiener Sozialhilfegesetz, dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen und dadurch auch keine Sozialhilfe erhalten. Das heißt, dass sind dann Menschen, die sich dann an uns wenden, vielleicht zur Ute Bock gehen oder wo auch immer hin, weil sie dann z.B. 6 Wochen von genau 0 Cent und Euro leben müssen. Und ich möchte noch sagen, dass man da aufpassen muss, dass man da nicht mitkommuniziert, dass das Sozialschmarotzer sind, die wir jetzt nicht haben wollen und denen muss man jetzt ein bisschen Feuer unter dem Arsch machen und da wird es 6 Wochen kein Geld geben.

Herbert Paulischin (P): Ich möchte die Gelegenheit nutzen mich beim Bundesminister auch zu bedanken, nicht dafür, dass er hierher gekommen ist, das war eure Leistung, aber wir haben gestern ein sehr nettes, ein sehr effizientes Gespräch gehabt über die Gestaltung des Berufsgesetzes für Sozialarbeit. Ich denke, dass hier jetzt endlich etwas weiter geht und Erwin du bist ja auch zuständig für Konsumentenschutz und ich denke auch dieser Gedanke sollte im Bereich der Sozialarbeit nicht zu kurz kommen. Unsere Konsumenten, ich mag zwar diese betriebswirtschaftlichen Begriffe nicht, sind zum Teil auch unsere Klienten und ich denke es geht hier auch um eine Qualitätssicherung, die gesetzlich gewährleistet sein muss, damit Dienstleitungen für diese Menschen auch Mindeststandards entsprechen. Wir hoffen alles darauf, dass deine Bemühungen für dieses Berufsgesetz, jetzt von Erfolg gekrönt sein werden.

Neugebauer (P): (Ich arbeite bei der) Erwerbsloseninitiative ISZ. Eine Frage mit Augenzwinkern, weil es jedes Mal um Ihre Haare geht, ev. beim nächsten Schnitt, ob

vielleicht das (nicht) gepuscht werden könnte und die Erwerbsarbeitsloseninitiative vielleicht eine solidarische Unterstützung bekommen könnte.

Elisabeth Hammer: Anscheinend gibt es da schon Erwartungen für die Presseaussendung von morgen. Was können wir bieten an einer aufregenden Schlagzeile, wer lässt welche Haare, welche Angebote gibt es?

Marc Diebäcker: Ich wollte auch noch kurz etwas veröffentlichen, weil die SozialarbeiterInnen nicht so viel ihre Situation heute Abend beschrieben haben. Wir haben relativ viele Fallstudien gemacht und uns die Situation Vorort sehr sehr detailliert angeschaut und die KlientInnenzahlen steigen, die Zeit pro KlientInnen sinkt, der Bürokratieaufwand steigt, ob das eine sinnvolle Dokumentation ist oder teilweise auch keine sinnvolle, also die Arbeitsbedingungen haben sich doch deutlich verschlechtert und auch diese Wettbewerbssituation haben wir noch nicht so viel. Also gibt es leichte Konkurrenz hier oder dort aber z.B. im AMS- Bereich in Wien hat man das sehr deutlich gesehen, was da passiert, da gibt es einen Wettbewerb um die Qualifizierung, Angebote, es gibt ein dumping- sehr massiv, der Stundensatz geht rapide herunter. Es werden prekär Leute beschäftigt, die die Arbeitslosen drei Mal hintereinander vielleicht sinnvoll oder nicht sinnvoll von (weiß ich nicht) AbsolventInnen der Universität beraten werden, wie sie ihr Leben besser in den Griff bekommen oder sich bestmöglich bewerben und die Qualität der Maßnahme ist da teilweise gerade bei so kurzfristigen Angeboten auch nicht gerade gestiegen, behaupte ich jetzt einmal. Also die Situation ist nicht so easy und ich finde, da muss es doch Ideen, Visionen geben z.B. langfristige Verträge. Wie kann man Qualität wirklich auch festschreiben und evaluieren und vielleicht (nicht) über Kennzeichen einmal kontrollieren. Also da würde mich noch die Perspektive am ganzen Podium noch ein bisschen interessieren.

Elisabeth Hammer: Marc hat da jetzt noch ein Thema angerissen, dass ich Sie alle bitte noch zu berücksichtigen. Die Veranstaltung heute heißt "Wege zur Zukunft. Soziale Arbeit: Soziale Arbeit macht Politik" nicht ganz so zwischen Konkurrenz und Kooperation- Soziale Arbeit macht Politik. Es ist das Wort Dialog gefallen als auch ein Aufruf- es braucht da eine neue Dialogkultur. Mich würden da 2 Sachen interessieren. Einerseits möglichst eine vollständige Antwort auf die Fragen die der Marc Diebäcker gestellt hat- natürlich kurz und prägnant und dann, welche Formen des Dialogs fordern Sie hier am Podium? Wie soll das konkret aussehen. Wir haben heute die Person da, die das ja umsetzen kann ganz sicherlich- war ironisch gemeint. Judith Pühringer, Minister Buchinger darf das Abschlusswort sprechen, ihr dürft vor in die erste Reihe.

Judith Pühringer: Die Vision ist, es gibt einen Sozialwirtschaftsminister und ein Sozialwirtschaftsministerium wie in Großbritannien seit November 2006. Dann müssten wir auch die Diskussionen nicht mehr führen, wo die Arbeitsmarktpolitik angesiedelt wäre. Es gibt eine Sozialwirtschaft die aufgewertet ist, wo gemeinsam Pläne erstellt werden, wie wir die Zukunft gemeinsam gestalten können unter Einbindung aller AkteurInnen. Das wäre irgendwie richtiger Dialog. Außerdem wenn ich Forderungen stellen darf, hast du gerade gesagt, fordere ich auch die Umsetzung der offenen Methode der Koordinierung im Bereich der Beschäftigung. Das heißt konkret, das ist eine europäische Vorgabe, dass alle AkteurInnen in die Erstellung z.B. der nationalen Reformpläne für Geschlechter(politik) miteinbezogen werden. Die orientieren sich an den europäischen Beschäftigungsleitlinien und wir wollen da miteinbezogen werden um gemeinsam in einen Dialog zu treten, was gute Beschäftigung heißt und was "more and better jobs" wirklich heißen kann, in Bezug auf langarbeitslose Menschen.

Elisabeth Hammer: Braucht ihr dazu längerfristige Verträge.

Judith Pühringer: Ja, dazu braucht es Finanzierung, dazu braucht es längerfristige Verträge und dazu braucht es einfach die Basis, um all das leisten zu können. Das ist sozusagen auch Aufgabe von ProfessionistInnen.

Elisabeth Hammer: Was gibt es am Podium noch dazuzusagen? Karin Heitzmann.

Karin Heitzmann: Jetzt gäbe es viel zu sagen. Ich versuche es ganz kurz zu machen. Der Marc Diebäcker hat die Problematik angesprochen, die es im NGO- Bereich gibt, bzw. bei der Sozialarbeit gibt. Die KlientInnenzahlen steigen. Das ist fundiert. Der Zeitaufwand sinkt. Das hat viel mit der momentanen Art der Qualitätsmessung und dieser Überbewertung von Quoten etc. zu tun. Ein Ausweg ist von ihm genannt worden, das sind langfristige Verträge. Ein mindestens so wichtiger oder vielleicht noch wichtigerer Ausweg ist eine ausreichende Finanzierung. Denn man braucht Ressourcen um Menschen dann beschäftigen zu können, und zwar ausreichend dann beschäftigen zu können und eben nicht nur auf dieses Paradigma der Arbeitsteilung, die mit den Quoten quasi ein Stück weit angereizt wird aufzuspringen, sondern auch den Ganzheitlichen Ansatz den die Sozialarbeit ja eigentlich ausmacht, behalten zu können und eben nicht bei jeder Tätigkeit die ausgeführt wird, dass man sich überlegen muss, als was schreibe ich das jetzt oder kann ich das jetzt irgendwie aufschreiben die Minuten oder Stunden die ich da jetzt brauche. Also das ist ganz wichtig mit der Finanzierung. Weil mir das wichtig ist, eine kurze Randbemerkung da noch dazu: Ich habe vorher gesagt, dass die Leistungserstellung ausgelagert wurde und wird und das wird auch weitergehen. Die Finanzierung muss und sollte beim öffentlichen Sektor bleiben. Was ich nicht ausgeführt habe ist, dass das momentan nicht immer der Fall ist und dass es da ziemliche Defizite gibt und das haben wir gerade im Bereich der Armutsbekämpfung auch gesehen, wo wir einerseits steigende KlientInnenzahlen haben, wo wir andererseits eine zunehmende Zahl von Organisationen haben, die jetzt nicht nur soziale Dienstleistungen anbieten im privaten Sektor, im NGO Sektor, sondern auch Geld anbieten, schlicht und einfach deshalb, weil es der öffentliche Sektor nicht mehr schafft oder nicht mehr tut. Es gibt Zitate von Sozialämtern, die zu den KlientInnen sagen die zu ihnen kommen: Ward ihr schon bei der Caritas? Also wo es so irgendwie eine Umdrehung des öffentlichen Auftrags gibt. Da gibt es offensichtlich ganz massive Probleme, die schlicht und einfach mit der Finanzierungsaufgabe des öffentlichen Sektors zu tun haben, vor allem in der Armutsbekämpfung. Welche Formen des Dialogs werden gefordert? Sozialminister Buchinger hat angeführt, dass wiederum einmal von der EU- Ebene kommend solche Maßnahmen gefordert werden. Das nennt sich dann "feeding- in" und "feeding- out". Das heißt, dass irgendwie versucht wird die Sozialpolitik in den Dienst der Wirtschaftspolitik zu stellen, aber auch umgekehrt, die Wirtschaftspolitik und Ökonomie als Instrumentarium der Sozialpolitik, oder so wie Sie es auch definiert haben, als Instrumentarium für die Teilhabe für Menschen zu verwenden. Und das wäre für mich so ein Wunsch, dass man diese Aufforderung von der europäischen Union auch ernst nimmt und dann auch national umsetzt. Dass das Hand und Fuß bekommt und nicht nur ein Slogan bleibt.

Andreas Zembaty: Ja, Aufforderung zum Dialog, da bin ich ganz dabei. Ich glaube es muss aber ein selbstbewusst geführter Dialog sein. Das heißt, wir kommen nicht darum herum uns zu positionieren, die Dinge auch aufzumachen, einen Dialog zu beginnen und gleichzeitig immer mit der (Mental)reservation, "aber kommt uns ja nicht zu Nahe", "ja nicht unserer Fachlichkeit zu Nahe", "stellt uns keine kritischen Fragen unserer Qualitätsbegriffe", das wäre kein gut geführter Dialog. Ich glaube, der Dialog muss kontroversiell geführt sein und öffentlich geführt werden und nicht in irgendwelchen Hinterzimmer und er muss aber eines auch bringen, er darf sich nicht in (Lamorianz) oder Anklage erschöpfen, sondern er muss lösungsorientiert sein. Es ist unser Job, die Lösungen in das gesellschaftliche Bewusstsein, in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen von denen wir überzeugt sind. Und da sind wir noch relativ am Anfang.

Elisabeth Hammer: Ok, mehr Dialog mehr kontroversiellen Dialog nicht im Hinterzimmer der Macht, sondern mit den AkteurInnen, die es wirklich betrifft. Ute Bock, wir brauchen für morgen eine Presseaussendung. Es wird sicher eine geben. Wenn Sie sie schreiben müssten, was würden Sie hineinschreiben.

Ute Bock: Ich wollte noch etwas ganz anderes sagen- Man muss die Wirtschaft miteinbeziehen, nicht nur wir müssen schauen, dass wir das aufstellen und dass das besser wird und das. Die Wirtschaft bitte muss mittun. Die können sich nicht verflüchtigen in das Ausland.

Elisabeth Hammer: Die Wirtschaft muss in die Pflicht genommen werden. Trotzdem, für die Presseaussendung für morgen

Ute Bock: Ich möchte das wirklich anbringen. Es kann nicht sein, dass die großen Firmen Schwarzarbeiter beschäftigen, weil sie irgendwo jemanden bestechen, dass er wegschaut. In jeder großen Firma gibt es Schwarzarbeiter die wahnsinnig wenig verdienen. Wir sollen uns schämen für 3 Euro oder irgend so etwas mitten auf der Mariahilferstraße wo man nicht sagen kann, das sieht die Polizei nicht. Also das weiß ein jeder. Und die Firmen müssen bitte herangezogen werden. Die können nicht sagen, wir brauchen Facharbeiter und nicht bereits sein, Facharbeiter auszubilden.

Elisabeth Hammer: Ich bin selber Ökonomin und ich finde es schon super wenn eine Schlagzeile lauten würde "SozialarbeiterInnen fordern- die Wirtschaft muss in die Pflicht genommen werden". Warum nicht.

Katrin Wladasch: Ich glaube die Schlagzeile muss ich dir überlassen. Was ich noch sagen wollte ist, auch anschließend das was die Ute Bock gesagt hat. Ich glaube man muss zwar die Wirtschaft in die Pflicht nehmen aber man muss die Wirtschaft als Dialogpartner akzeptieren lernen. Ich glaube es gibt viele Unternehmen, die das Thema (CSR) sich auf die Fahnen heften aus PR Gründen, aber nicht nur und ich finde es ganz wichtig Unternehmen in die Pflicht zu nehmen aber auch als Dialogpartner zu akzeptieren, weil wir sie, glaube ich, brauchen im Sozialen Bereich. Und ich möchte noch etwas letztes anfügen, wir haben jetzt sehr viel diskutiert über Erwerbsarbeitslosigkeit und über die Situation von Arbeitslosen. Es gibt aber auch sehr sehr viele Leute, und ich glaube die Ute Bock hat das auch sehr drastisch geschildert, die erst gar nicht in dieses System kommen. Die wir meiner Meinung nach jetzt in der Diskussion ein bisschen außer Acht gelassen haben- für die es keine Sperrfristen die einfach so auf der Straße stehen, weil sie so nicht in das System hineinkommen, weil sie gar keine Chance haben am Arbeitsmarkt integriert zu werden, weil sie MigrantInnen sind, aber auch weil sie gewisse Defizite haben, die es nicht ermöglichen am Arbeitsmarkt teilzunehmen. Ich glaube, dass das ein ganz wichtiges Thema ist, das wir nicht außer Acht lassen sollten.

Elisabeth Hammer: Vielleicht fällt ihnen eine Schlagzeile ein. Wir haben eine sehr gute. Sie sind ja dann berühmt und bekannt dafür Angebote bei Veranstaltungen zu machen, einmal waren es die Haare, was wird es heute sein?

Erwin Buchinger: Das Angebot, was ich heute mache ist, dass ich mich ganz kurz halte mit einem Appell. Ich habe zu Beginn gesagt, dass Sozialschutz, Soziale Sicherheit zunehmend als Produktivkraft erkannt wird, und das ist nicht nur eine private Meinung von mir, sondern auch in der europäischen Union, selbst im Regierungsprogramm der neuen österreichischen Bundesregierung, "Sozialsystem als Produktivkraft", aber um das wirksam werden zu lassen, bedarf es harter Arbeit der Politik, auch von Ihnen als Akteure. Ich glaube, dazu braucht man nicht weniger Kennziffern und Qualität, sondern mehr Qualität oder auch mehr messbare Qualität, und das heißt auch Kennziffern, mehr Dialog über gute Vorgehensweisen, mehr Konsens auch, der sich bieten soll, der sich ergeben soll aus kritische Diskussionen. Da ist ja die Sozialarbeit eine gute Tradition kritischer Diskussion. Die werden Sie auch sicher ohne Aufforderung fortsetzen, aber im Wesentlichen denke ich, ist es etwas, wo auch Selbstvertrauen sowohl politisch gefordert ist, ein mehr an sozialer Sicherheit ist machbar, ein mehr an sozialer Sicherheit ist finanzierbar und ein mehr an sozialer Sicherheit ist gut für die Entwicklung der Gesellschaft und für die Menschen dieser Gesellschaft und da denke ich sollten Sie als Akteure und ich als Sozialminister, so sehr man in dem einen oder anderen

Detail unterschiedlicher Auffassung ist, doch natürliche Verbündete sein und das sollte man gemeinsam nutzen. Das wäre mein Schlussappell an mich und an Sie.

Elisabeth Hammer: Vielen Dank.

Danksagungen